

Kapitel 7

”Der Wald stirbt!” - ”Der Wald stirbt nicht. Das steht heute fest”: Aufstieg und Niedergang des Waldsterbens

”Der Wald stirbt!” – so titelte das deutsche Nachrichtenmagazin ”Der Spiegel” im November 1981 und lancierte damit im deutschsprachigen Raum ein Umweltproblem, das seit dem Sommer 1983 auch in der Schweiz während einiger weniger Jahre Medien, Politik und Öffentlichkeit als ‚Waldsterben‘ beschäftigte.

”Der Wald stirbt nicht. Das steht heute fest” – stellte die WSL in ihrem Jahresbericht 1998 lakonisch fest (Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, 1998). Der Sanasilva-Bericht 1997, der die vorhergehenden 15 Jahre Waldforschung bilanzierte, kam zum Schluss, dass eine befriedigende Interpretation der Zunahme des Nadelverlustes bzw. der Kronenverlichtung bei Waldbäumen – das Hauptsymptom des Waldsterbens - bisher ebensowenig vorhanden sei, wie wissenschaftlich erhärtete Aussagen über die Ursachen dieses Phänomens. Ob überhaupt von einer Schädigung die Rede sein kann, ist gegenwärtig zweifelhaft - und damit auch, ob mit der Kronenverlichtung ein relevanter Parameter gemessen wird.¹²⁰

Das Waldsterben hat seine Problemnatur seit Beginn der 90er Jahre offensichtlich eingebüsst - und zwar, auch dies zeigt der Sanasilva-Bericht 1997, ohne dass das Ausmass der Kronenverlichtung eine Wende zum Besseren anzeigen würde: Sie hat von 1985 bis 1997 deutlich zugenommen (Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, 1998: 73). Der Gegensatz zwischen der auch in schweizerischen Zeitungen apokalyptischen Prognostik der 80er und der nüchternen Einschätzung der 90er Jahre ist frappant: Offensichtlich hat sich nicht der Wald erholt, sondern dessen Wahrnehmung.

Die Historizität des Problems springt ins Auge und wirft die Frage nach dessen sozialen Ursachen auf – erzwingt sie geradezu. Entsprechend gross ist deshalb auch die Zahl der wissenschaftlichen Studien, die sich mit dem Phänomen auseinandersetzen: das Waldsterben ist zum Modellfall für die Umweltproblemsoziologie geworden. (Zimmermann, 1991) befasst sich, angelehnt an ein Blumersches Phasenmodell, mit der politischen Entwicklung des Problems. Analysen von medialen Aspekten der schweizerischen Diskussion finden sich bei (Dejung, 1996) (Baumgartner, 1991) und (Diggelmann, 1996); Holzberger (1995) hat in einer materialreichen

¹²⁰ Vgl. auch NZZ vom 8. 12. 1999, Nr. 286.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Dissertation die Konstruktion des Phänomens in der deutschen Presse untersucht. Nicht zuletzt sind die ausgezeichneten Arbeiten Wolfgang Zierhofers (1996; 1998; 1999) zu nennen, der sich vor allem Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Medien befasst hat.

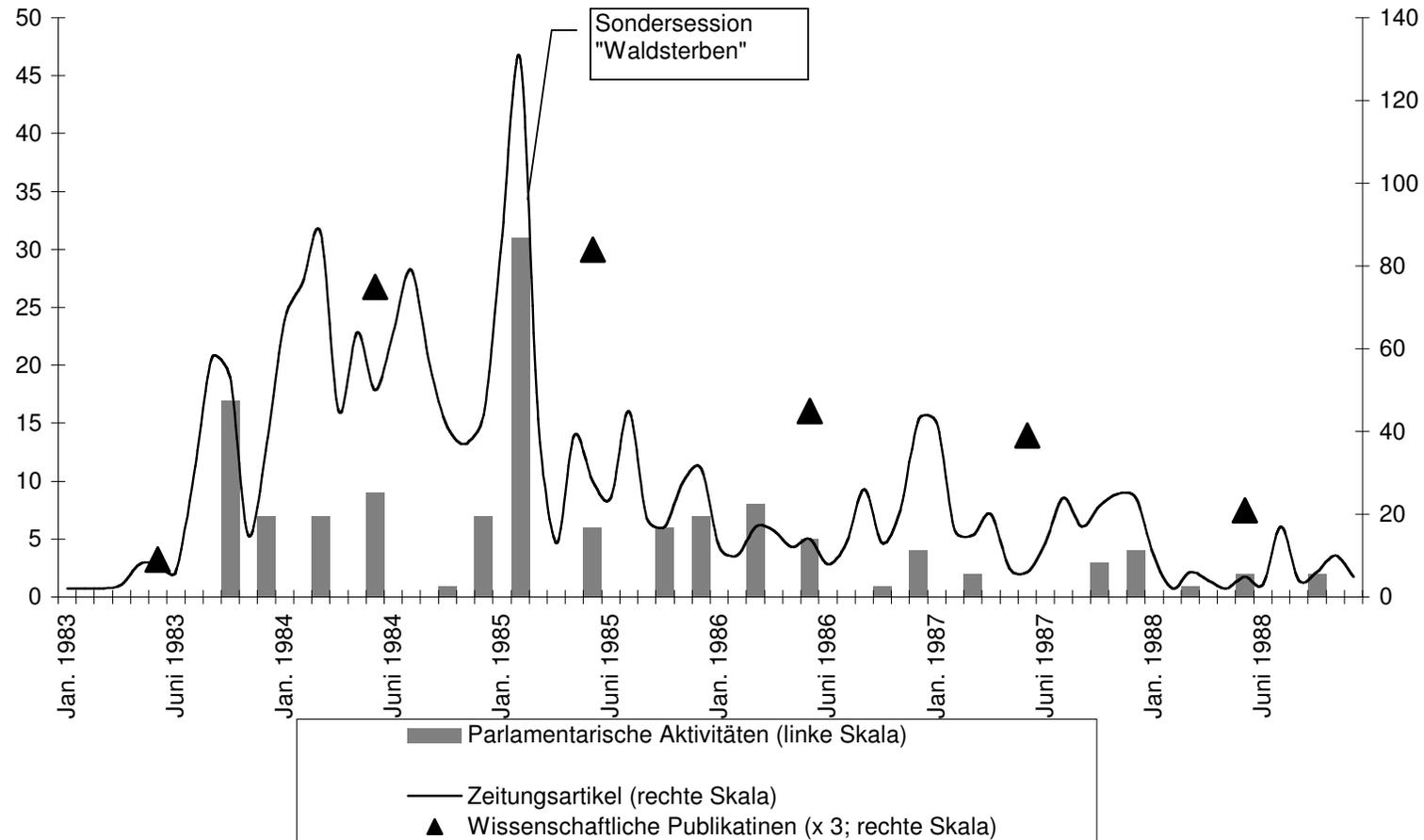
Ist so auch die Literatur bereits verhältnismässig umfangreich und mancher Teilaspekt bereits beleuchtet, fehlt doch eine Studie, die einerseits auf eine systematisch erhobene Materialbasis zurückgreifen kann und die andererseits die Problemkarriere des Waldsterbens aus einer Gesamtperspektive zu erklären versucht, welche die Akteure in Medien, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit, ihre Interessen und Problemkonstruktionen ebenso einbezieht wie die Rahmenbedingungen ihrer Interaktionen.

Den Anfang macht eine quantitative Überblicksanalyse der Intensität der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Problem ‚Waldsterben‘ in den gesellschaftlichen Teilsystemen im Zeitraum von 1983 bis 1989. Sie erlaubt eine Periodisierung, wirft Fragen auf und dient derart als Ausgangspunkt für die Erklärung des Verlaufsmusters der Problemkonjunktur in den folgenden Kapiteln.

7.1 Die Problemkarriere des Waldsterbens im Überblick

Die folgende Abbildung 22 zeigt die zeitlichen Verläufe der Aktivitätsintensitäten in Politik, Medien und Wissenschaft von 1983 bis 1989. Die monatliche Zahl der redaktionellen Artikel in den drei überregionalen Tageszeitungen der Deutschschweiz, NZZ, Tages-Anzeiger und Blick zum Thema Waldsterben indiziert die Präsenz des Themas in den Medien, die Anzahl der Leserbriefe in denselben Zeitungen diente als Indikator für die Aufmerksamkeit, die das Thema Waldsterben in der Öffentlichkeit genoss (linke Skala in Abbildung 22). Die Anzahl der Artikel pro Jahr in der Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen (nach Zierhofer, 1996) ist ein approximativer Indikator für den Output der schweizerischen Forstwissenschaft zu unserem Thema. Das politische System auf eidgenössischer Ebene wird repräsentiert (rechte Skala) durch das Total der parlamentarischen und exekutiven Instrumente (Petitionen, Motionen, Anfragen etc.\bundesrätliche Vorlagen pro Parlamentssession):

Abbildung 22 Die Problemkarriere des Waldsterbens von 1983 – 1989



Quelle: Parlament und Medien: eigener Datensatz. Wissenschaftliche Publikationen: Zierhofer (1996) Erklärung im Text.

Die Graphik zeigt zunächst das Ende der schweizerischen Latenzphase in der ersten Hälfte des Jahres 1983. Es ist zu vermuten, dass sie bereits mit dem erwähnten Spiegel-Artikel begann: Die themenbezogene Erfassung der Zeitungsartikel in unserem Datensatz setzt im Januar 1983 ein, und zeigt, wie die Artikelzahl zum Waldsterben in den Sommermonaten desselben Jahres beinahe explosionsartig expandierte. Dem Durchbruch des Themas in den Medien folgte die eidgenössische Politik in der Herbstsession im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober beinahe ohne Verzögerung. Das folgende Jahr 1984 stand ganz im Zeichen des Waldsterbens und der Diskussion um Massnahmen zu dessen Bekämpfung. Die Sondersession 'Waldsterben' der beiden Räte im Februar 1985 war gleichzeitig Kulminationspunkt und Abschluss dieser Phase der Hochkonjunktur des Problems in Medien und Politik. In den folgenden Jahren nahm die mediale Präsenz des Themas dann aber langsam und stetig ab; es war vor allem noch die alljährliche Veröffentlichung des Sanasilva-Waldschadensberichtes im Spätherbst, welche die untersuchten Zeitungen zur Berichterstattung veranlasste. Selbst die Maxima in dieser Periode, wie etwa anlässlich der Diskussion um den Bericht Ende 1987, reichten aber nur knapp an die Minima der Artikelzahl in der Periode der Hochkonjunktur 1984 heran. Dieselbe Entwicklung zeigte sich auch - mit etwas Verzögerung - in der Politik. Der Output der schweizerischen Forstwissenschaft vollzog die Konjunktur in den anderen Systemen in etwa nach: Nach einem Höhepunkt in den Jahren 84 und 85 vermindert sich die Zahl der wissenschaftlichen Artikel zum Thema Waldsterben in der Folge. Nimmt man diese quantitativen Indikatoren als Basis, so ergibt sich als Schluss eine weitgehende Synchronisierung der Problemkarrieren in den Teilsystemen.

Tabelle 7 Die Phasen des Waldsterbens im Überblick

Phase	Dauer	Merkmale
Latenz	- III 83	Das Waldsterben ist (in der Schweiz) als Begriff bekannt, jedoch vor allem aus Diskussionen in der BRD; darauf bezügliche Aktivitäten sind allerdings noch sehr sporadisch.
Durchbruch	III 83 – I 84	Die Aktivitäten in Medien und Politik nehmen sprunghaft zu; das Waldsterben wird zum akzeptierten gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Problem.
Kulmination	I 84 – I 85	Das Problem ist weiterhin auf hohem Aufmerksamkeitsniveau präsent; In der Politik werden Massnahmen zur Eindämmung des Phänomens vorgeschlagen, diskutiert und beschlossen. Die Waldsterben-Sondersession der eidgenössischen Räte im Februar 1985 bildet Höhe- und Schlusspunkt dieser Phase.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Normalisierung	II 85 –	Das Problem ist in den Medien weiterhin präsent, aber auf deutlich niedrigerem Niveau und mit langsam abnehmender Tendenz. Dasselbe gilt für die Aktivitäten des politischen Systems. Einzig Inputs aus der Wissenschaft – v.a. die Sanasilva-Waldschadensberichte - können indessen das Problem für kurze Zeit in die Schlagzeilen bringen.
----------------	---------	--

7.2 Die Latenz- und Durchbruchphase

Das Problem der anthropogenen Vernichtung von Wäldern ist keine Entdeckung der 80er Jahre: Es begleitet die Kulturgeschichte. Bereits Platon beklagte den Waldverlust in Attika; seit dem Mittelalter gab die Vernichtung der Wälder im Mittelmeerraum durch Holzschlag und Überweidung zu reden (Radkau, 2000). Rauchschäden in Forsten, die hohen lokalen Konzentrationen von Industrieabgasen ausgesetzt waren, wurden bereits im 19. Jahrhundert in Deutschland untersucht. Die Rauchschadensexperten, die sich in einer wissenschaftlichen *epistemic community* (Haas, 1992) um dieses Problem herum wegen der entstehenden Haftungsfragen etablierten, spielten auch bei der Lancierung des Waldsterbens in Deutschland eine wichtige Rolle. (Zierhofer, 1996: 75ff). Seit den 70er Jahren wurde zudem der saure, bzw. schwefelhaltige Regen in Nordamerika und Skandinavien als Umweltproblem wahrgenommen. Der Fokus dieser Diskussion lag zwar primär auf der Versauerung von Gewässern; indem sie einen Zusammenhang zwischen grossräumiger Luftverschmutzung und lokalen Umweltschäden postulierte, bereitete sie das Waldsterben vor. Erst die Verbindung der Problemstränge ‚Rauchschäden‘ und ‚Saurer Regen‘ durch die erwähnte Spiegel-Serie, welche die diffus-weiträumige Luftverschmutzung mit der Vernichtung nicht einzelner Bäume, sondern des Waldes insgesamt in Zusammenhang brachte, schuf Begriff und Phänomen des Waldsterbens - und damit ein äusserst mächtiges, durchsetzungsfähiges Problemkonstrukt, welches innert kürzester Frist einen Spitzenplatz auf der medialen und politischen Agenda zu erobern vermochte (Hannigan, 1997: 140).

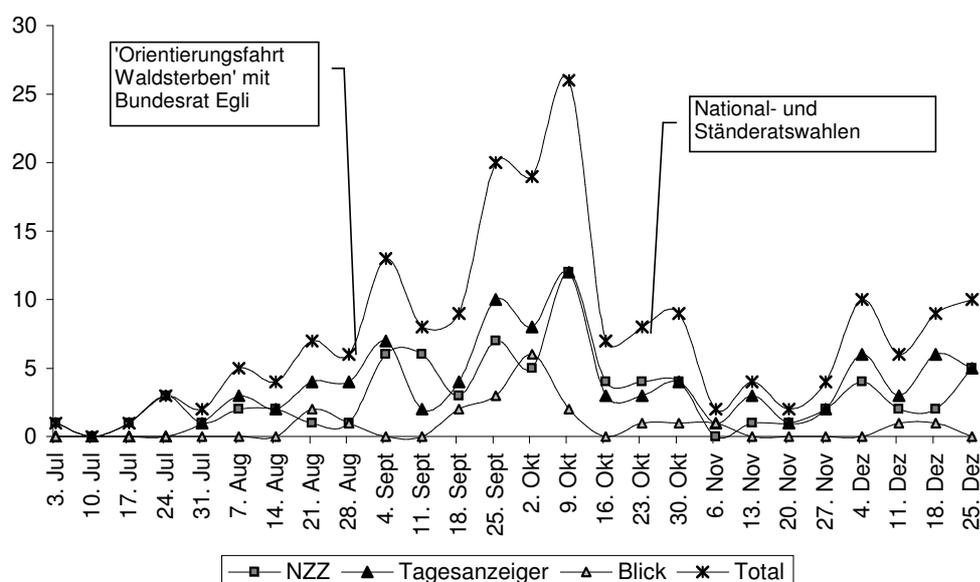
Auch in der Schweiz lassen sich sporadische Aktivitäten mit Bezug zum Waldsterben im Anschluss an die Diskussion in der Bundesrepublik bereits seit 1982 feststellen. Im Nationalrat wurde die Problematik etwa mit der Einfachen Anfrage Humbel vom 10. Juni 1982 ‚Weisstannensterben‘ sowie der Motion Morf vom 6. Oktober 1982, ‚Saure Niederschläge‘ (Schärer und Zimmermann, 1984: 107ff) aufgeworfen. Die Bezeichnungen weisen darauf hin: Das Waldsterben als übergreifendes Phänomen, als Problem existierte noch nicht. Es erschien

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

auch der eine oder andere Artikel in den untersuchten Zeitungen. Der Monatsdurchschnitt in der ersten Jahreshälfte 1983, d.h. bis im Juli, betrug allerdings nur etwa vier Artikel, es handelte sich offensichtlich um ein Problem in der Rubrik ‚ferner liefern‘, das sich eindeutig noch in der Latenzphase befand.

Der qualitative Sprung von einem marginalen Thema zu einem sichtbaren, wenn nicht dominanten kann in unserem Zeitungsdatensatz von Woche zu Woche verfolgt werden (Abbildung 23):

Abbildung 23 Die Initialphase des Waldsterbens: Die Intensität der Berichterstattung in NZZ, Tages-Anzeiger und Blick vom 3. Juli bis 25. Dezember 1983



Quelle: Eigener Datensatz, wöchentliche Anzahl Artikel zum Thema ‚Waldsterben‘ in den untersuchten Tageszeitungen

Im Juli erschienen erst sechs Artikel, im August bereits 30, im September gar 58; in den Monatswerten ist die beinahe exponentielle Entwicklung auf das Durchschnittsniveau des ‚Waldsterbenjahres‘ 1984 deutlich zu erkennen.

Wie ist der erstaunliche Zuwachs der medialen und politischen Aufmerksamkeit für zu erklären? Und weshalb erfolgte er zu diesem Zeitpunkt, d.h mit zweijähriger Verspätung auf die Initiierung in der Bundesrepublik? Die Antwort auf diese Fragen muss eine ganze Reihe von Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Faktoren berücksichtigen: An der Bildung des explosiven Gemischs hatte die lancierte Problemkonstruktion ebenso Anteil wie die Akteursinteressen und Rahmenbedingungen in Wissenschaft, Medien, Politik und Öffentlichkeit.

Das Problemkonstrukt "Waldsterben"

Wie wurde das Problem in diesen ersten Monaten seiner Konjunktur definiert? Was machte das Waldsterben überhaupt zum Problem? Wodurch wurde es verursacht und wer war dafür verantwortlich? Und schliesslich: welche Massnahmen wurde zu seiner Lösung in Betracht gezogen?

Eine Pressemitteilung der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) von Ende August 1983¹²¹ enthielt die Grundelemente der dominanten Problemkonstruktion. "[Es] sei sicher, dass jetzt in Bezug auf die Belastung mit Abgasen die Situation ‚umzukippen‘ beginne. Die Toleranzgrenze sei überschritten, die Krankheit breche aus und breite sich mit rasender Geschwindigkeit aus". Medizinische Krankheitsmetaphorik wurde verbunden mit der physikalischen Gleichgewichtsvorstellung, die seit den 70er Jahren den Umweltdiskurs prägte. Die Vorstellung des instabilen Gleichgewichts impliziert, dass mit dem Eintreten von Kalamitäten jederzeit gerechnet werden muss, dass es nur noch eines geringen Anstosses bedarf, um die prekäre Balance zu stören. Man nahm also Rückgriff auf eine Katastrophenrhetorik (*rhetoric of calamity*), die auf einer für Umweltprobleme insgesamt typischen Verlust- bzw. Gefährungsrhetorik ("*rhetoric of loss*" bzw. "*endangerment*") basierte (Ibarra und Kitsuse, 1993).

Dachte man dieses metaphorische Konstrukt konsequent weiter, ergab sich als Handlungsanweisung zunächst einmal, dass allfällige Gegenmassnahmen jedenfalls so rasch wie möglich erfolgen müssen: Gerät der gekippte Stein erst ins Rollen, kommt jede Hilfe zu spät. "Wenn nicht sofort gehandelt werde" ,so die SGU, "drohe die Gefahr, dass unsere Wälder unrettbar verloren seien. Umweltschutzmassnahmen, die bisher ausreichend schienen, seien es heute mit Sicherheit nicht mehr".

"Die Kenntnisse über die genauen Zusammenhänge dieses Waldsterbens seien noch sehr unvollständig." Für die fehlenden wissenschaftlichen Erkenntnisse – die als Lagebeurteilung dem Handeln eigentlich voraus gehen sollten – wurde eine Vermutung substituiert: Als primäre Ursache des Waldsterbens wurde die Luftverschmutzung identifiziert. Die Leerstelle wurde durch

eine generelle Vermutung über die anthropogene Verursachung von Umweltkatastrophen im Allgemeinen ausgefüllt, wobei die Argumentationskette etwa folgendermassen verlief: Man wusste, dass die Belastung der Luft durch Verbrennungsabgase Schäden in der Natur hervorruft: Nicht umsonst werden sie als Schadstoffe bezeichnet. Weil keine andere Erklärung möglich, und andererseits jeder Waldbaum der Atmosphäre ausgesetzt ist, kommt nur die Luftverschmutzung in Frage - zumal man eine parallele Entwicklung der Jahringzuwachsverringerung und der zunehmenden Luftverschmutzung zu beobachten glaubt. Daraus lässt sich auch ein Massnahmenkatalog zwanglos ableiten: Reduktion des Schadstoffausstosses bei Gross- und Haushaltsfeuerungen, sowie bei Kraftfahrzeugen durch Einführung von Emissionswerten und Geschwindigkeitsreduktionen, ergänzt natürlich durch Symptombekämpfung im Wald.

Die folgenden Auszüge aus Leserbriefen dieser Phase veranschaulichen dieses Konstrukt – vor allem aber zeigen sie sehr eindrücklich, welche Dringlichkeit man dem Problem beimass:

”...Bedenklich und alarmierend ist dieses Waldsterben auf jeden Fall. Es bedroht, wenn das so weitergeht, unser Leben und Ueberleben in höchstem Mass. Hier tut rascheste Abhilfe not. Allen noch so breit angelegten profunden Forschungsprogrammen zum «exakten» Abklären der Waldsterbeursachen geht das praktische Handeln vor. Das heisst, es gilt da anzusetzen, wo wir genau wissen, was wir tun müssen und auch können: weniger Heizen, weniger Autofahren usw. - auch wenn dies etwas Einschränkung an persönlicher Freiheit und Bequemlichkeit [bedeutet]¹²²

...Angesichts der akuten Gefahr und der epochalen Dimension des Waldsterbens fragt sich jedoch, ob hier das sonst gut helvetische Einerseits-Andererseits noch angemessen ist «Hysterisch anmutende Ueberreaktionen» zeitigen langfristig kaum bleibende Nachteile, wohl aber Verharmlosungsversuche. Vielleicht braucht es sogar «hysterisch anmutende Ueberreaktionen», damit überhaupt etwas geschieht!¹²³

”Es muss endlich klarwerden: Jeder einzelne von uns nimmt teil an einem gigantischen Vernichtungskrieg gegen die Natur, gegen den Wald. Und die schlimmste Waffe ist in der Schweiz das Auto. Daran ist aber nicht das Auto schuld, sondern wir, diejenigen, die es so hemmungslos und ohne jegliche Verantwortung und Achtung gegenüber unserer Heimat und Umwelt benutzen.Wenn der Wald brennt, wird gelöscht und nicht erst jahrelang nach dem Brandstifter geforscht. Dass die Luftverschmutzung zu 99,99999 Prozent hauptverantwortlich für das Waldsterben ist, ist klar. Also muss die Luftverschmutzung «gelöscht» werden“¹²⁴

¹²¹ NZZ vom 29.8.1983, Nr. 200.

¹²² Leserbrief Annen, NZZ vom 2. 9 .1983, Nr. 204.

¹²³ Leserbrief Engeler, NZZ vom 2. 9. 1983, Nr. 204.

Im letzten Leserbrief wird auch der moralische Aspekt der Kausalität des Problems, d. h. die Verantwortlichkeit angesprochen: Weil die Luftverschmutzung durch den Individualverkehr Aller verursacht wird, ist auch jeder verantwortlich - ebenso wie auch jeder von der drohenden Vernichtung der Wälder betroffen ist. Eine bereits durch die Problemkonstruktion implizierte Polarisierung in Problemverursacher und Geschädigte, wie etwa bei den Technikfolgenproblemen der Kernkraftnutzung oder der Gentechnologie, spielte zumindest in der Initialphase kaum eine Rolle.

Problemkonstruktion und Konjunktur

Die dramatische Tonlage und der Gewissheitsgestus, welche die zitierten, durchaus repräsentativen Leserbriefe – prägt, sind auffallend: Das Waldsterben fiel offenbar auf fruchtbaren Boden - denjenigen der Erwartung einer drohenden ökologischen Katastrophe. Die mentale Disposition dazu war zumindest seit Mitte der 70er Jahre weit verbreitet. Paradigmatisch für diese Sichtweise stehen die Meadows-Reporte (Meadows und Club of Rome., 1972; Meadows, et al., 1974) über die Grenzen des Wachstums, welche eine zunehmende ökologische Ressourcenverknappung ausgelöst durch menschliches Handeln prognostizierten, die schliesslich zum Kollaps des Ökosystems führen würden.

Das Waldsterben entsprach dieser Erwartungshaltung, es erschien als ein damit hochkompatibles Ereignis. Es konnte als plausible Konkretisierung einer Katastrophe gedeutet werden, die man schon längst erwartet hatte; das latent vorhandene Schema wurde durch das Waldsterben empirisch aktualisiert. Menschliches Fehlverhalten, d.h. der zunehmende Schadstoffausstoss war gemäss der Logik des Schemas die plausible Hauptursache. Das Waldsterben war das unmissverständliche Zeichen der Natur, die *„Rechnung für jahrelanges Fehlverhalten“* [Baumgartner, 1991 #1835: 6;(siehe auch Häfeli, 1998: 245; Reichert und Zierhofer, 1993: 212). Bei jenen die ‚recht gehabt‘ hatten, stellte man mitunter beinahe eine gewisse Erleichterung fest (Baumgartner, 1990): Nun endlich musste es auch den verstocktesten Sündern einleuchten, wie es um die Natur stand. Die ökologische *drôle de guerre* war überwunden. – nun endlich konnte und musste ‚etwas getan werden‘.

Diese Katastrophe betraf überdies den Wald. Im deutschen Kulturkreis hat der Forst eine geradezu mythische Rolle (Holzberger, 1995), in der Schweiz ergänzt durch den spezielle Aspekt

¹²⁴ Leserbrief Möriz, Tages-Anzeiger vom 9. 8. 1983, Nr. 183.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

des Schutzes von Siedlungen und Verkehrswegen vor Lawinen und Hochwassern im Berggebiet, der durch die Bannwälder gewährleistet wird. Die Bedrohung gerade des Waldes trug zur Konsensfähigkeit der skizzierten Problemdefinition in der Initialphase zweifellos bei. Als Beispiel für die Vielfalt der möglichen Anknüpfungspunkte, deren Kompatibilität mit unterschiedlichsten Rahmungen, mag ein Leserbrief dienen, in dem die Entwaldung des Landes als Gefahr für die Landesverteidigung interpretiert wird:

Wer war der beste Verbündete der siegreichen Vietnamesen? Weder die Chinesen noch die Russen, sondern - der Wald! Nichts zeigt so deutlich die äusserst wirksame Schutzfunktion des Waldes für die Vietnamesen wie der Versuch der Amerikaner, durch Entlaubung der Bäume ihre Gegner dieses Schutzes zu berauben und das Kriegsglück zu wenden. Der Wald hat auch für unsere Landesverteidigung eine enorme Bedeutung. Es gilt, unserer Armee seine Schutzfunktion um jeden Preis zu erhalten. Wem die Landesverteidigung ein echtes Anliegen ist, wird wirksame Sofortmassnahmen gegen das Waldsterben ebenso unterstützen wie die Panzerbeschaffung...¹²⁵

Es handelte sich so um ein Problem, welches sowohl von links-grünen, am ‚modernen‘ Umweltschutzparadigma orientierten, wie auch von eher rechtskonservativen Kreisen, die sich eher dem älteren Heimatschutzgedanken verpflichtet fühlten, gleichermassen als existentielle Bedrohung konstruiert werden konnte. Bezüglich der Diagnose und weitgehend auch bezüglich der notwendigen wenn auch noch recht vage formulierten Massnahmen herrschte deswegen ein breiter Konsens (Schärer und Zimmermann, 1984: 57). Ein Konflikt zwischen Gruppen die unterschiedliche Problemkonstruktionen verfochten, existierte anfangs kaum – dies im Gegensatz etwa zur Kernkraft- oder Gentechnologiedebatte. Symptomatisch dafür war, dass sich alle bedeutenden politischen Parteien unüblich einig waren wie die parlamentarischen Vorstösse in der Herbstsession 1983 zeigten (Schärer und Zimmermann, 1984).

Hinzu kam die potentielle Sichtbarkeit des Waldsterbens auch für das unbewaffnete Laienauge: Es handelte sich um ein Umweltproblem, welches nicht, wie etwa die Luftverschmutzung oder später das Ozonloch, nur indirekt mittels Messgeräten feststellbar war. Dem Sterben des Waldes konnte, etwas Glück vorausgesetzt, sogar zugeschaut werden, ein Erlebnis, das der folgende Leserbrief schildert:

Ein lautes Geräusch, wie wenn ein grosses Tier durch den Wald bricht. Eine hohe Buche bebt. Merkwürdig, sie ist die einzige, die sich so stark bewegt. Ich fühle weder Wind noch sehe ich ein Tier, noch einen

¹²⁵ Leserbrief E. O., NZZ vom 12.2. 1985, Nr. 35.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Menschen. Ich kann es nicht einordnen, ... In diesem Moment wieder das Geräusch. - Die Buche neigt sich und schlägt krachend zwischen den anderen Bäumen auf den Boden auf. Angst im Bauch, Entsetzen - ist das wahr? Ist es möglich, dass ein Baum einfach so, ohne erkennbare Ursache umfällt. Ich traue meinen Augen nicht, ich habe das noch nie gesehen. Ich gehe auf den Baum zu - es ist kein alter Baum -, sehe, dass sein Wurzelwerk in keinem Verhältnis zu der Grösse des Baumes steht. Nur kleine, feine Wurzeln, die grossen, starken sind verfault. Ich kann es nicht fassen - in meiner Welt stehen doch gerade Bäume fest - dafür sind sie uns doch allen Symbol seit Urzeiten. Wenn Bäume einfach so umfallen, dann ist ganz existentiell etwas nicht mehr in Ordnung - ich habe Angst.¹²⁶

Die potentielle Sichtbarkeit der Katastrophe kam so einerseits dem seit den 70er Jahren zeittypischen Bedürfnis nach subjektiven Erleben und individueller Betroffenheit entgegen; sie hatte aber überdies noch den Nebeneffekt, dass sie den Förstern auch die Vermittlung ihrer Problemkonstruktion in mannigfaltigen *events* erlaubte: Waldbegehungen waren in den Jahren der Hochkonjunktur des Problems allgegenwärtig (Baumgartner, 1991: 4) und oft wurde in den städtischen Baumparks der Wahrnehmung nachgeholfen, indem man die Bäume nach dem Grad ihrer Schädigung mit farblich unterschiedenen Binden markierte.

Die Inhalte einer Problemdefinition können zwar deren Durchsetzungsfähigkeit auf der medialen und politischen Agenda zweifellos begünstigen: Ihre Etablierung kann aber letztlich nur gelingen, wenn die relevanten Akteure daran ein handfestes Interesse haben und dieses entsprechend energisch vertreten. Für das Waldsterben sind drei Akteursgruppen von Bedeutung: die Forstwissenschaft und -verwaltung als Interessengruppen, die Journalisten als *gate-keeper* der medialen Arena, sowie in der politischen Arena die Umweltverbände und Politiker.

Forstwissenschaft und -verwaltung als primäre Promotoren: Betroffenheit und Subventionen

Die kantonalen und eidgenössischen Forstdienste hatten eine zentrale Rolle als *claims-maker*: Sie lösten die Diskussion anfang August 1983 aus, indem sie sich in Pressekonferenzen an die (mediale) Öffentlichkeit wandten und von einer "explosionsartigen" Zunahme der Schadensmeldungen sprachen.¹²⁷ Diesem Gang an die Öffentlichkeit ging ein Problemkonstruktionsprozess innerhalb der forstlichen Expertengemeinschaft voraus. Ausgelöst wurde er durch die bereits früher einsetzende Diskussion in Deutschland: Mit dem Ziel das

¹²⁶ Leserbrief Summermatter, Tages-Anzeiger vom 2. 9. 1985 Nr. 202.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Vorliegen ähnlicher Schäden in der Schweiz zu evaluieren begannen sich die Förster, aktiv danach umzuschauen. Im Frühjahr 1983 wurde ein erstes Programm für eine vereinheitlichte Erfassung von Waldschäden auf dem Gesamtgebiet der Schweiz durch die kantonalen Behörden in die Wege geleitet (Schärer und Zimmermann, 1984). Dieser Sensibilisierungsprozess hatte zu Folge, dass sich die Schadenssituation im Schweizer Wald in der Wahrnehmung der unmittelbar involvierten Kreise zwischen Frühjahr 1982 und Sommer 1983 dramatisch verschlechterte (Schärer und Zimmermann, 1984: 7-8). Die deutsche Forstwissenschaft spielte bei dieser Bewusstseinsbildung eine wichtige Rolle: Sie lieferte den schweizerischen Praktikern das Deutungsmuster für die konkreten Phänomene im Wald (Reichert und Zierhofer, 1993: 228; Zierhofer, 1998: 31), gemäss (Holzberger, 1995: 39) war es so *”....., dass die Forstleute auf ihre PR-Mission erst vorbereitet werden mussten (im Frühjahr 1983). Die Forscher belehrten die Förster, erklärten ihnen die Symptome, lehrten sie das Waldsterben zu sehen”*. Die Verzögerung gegenüber der Diskussion in Deutschland wäre so durch die Notwendigkeit dieses Lern- bzw. Konstruktionsprozesses zu erklären: Erst die Evidenz aus dem einheimischen Wald schuf das Potential für ein nationales Problem.

Als Motivation für die – angesichts fehlender historischer Messreihen für den zentralen Indikator, die Kronenverlichtung, etwas unkritische – Übernahme der Sichtweise der deutschen Forstwissenschaftler stand die Besorgnis über den Zustand des anvertrauten Gutes Wald zweifellos im Vordergrund. Wie im breiten Publikum dürfte auch bei den Förstern überdies die latente Erwartung einer ökologischen Katastrophe eine Rolle gespielt haben: Durch die Auslösung eines Grossalarms vermied man zumindest den Vorwurf der Verharmlosung. Damit nicht im Widerspruch befand sich aber die implizite Förderung handfesterer Gruppeninteressen im Rahmen der Problemkonstruktion (Baumgartner, 1990): Die Notsituation im Wald implizierte nicht zuletzt auch eine vermehrte Allokation von Ressourcen in die unterdotierte Waldpflege und -forschung.¹²⁸

Im Sommer 1983 konnte so eine, in der Bevölkerung als Pfleger des Waldes über einen Glaubwürdigkeitsbonus verfügende Interessengruppe ihre Problemdefinition in die mediale und politische Arena einspeisen. Zusätzlich gefördert wurde die Glaubwürdigkeit dadurch, dass die

¹²⁷ NZZ vom 13/14.8.1983, Nr. 187.

¹²⁸ NZZ vom 26.9.1983, Nr. 224 (Stellungnahme des Forstpersonalverbandes) und NZZ vom 31.8.1983, Nr. 202 (Artikel von EAFV-Direktor Schwarzenbach)

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Forstexperten mit einer Stimme sprachen. Verunsichernde Kontroversen unter Fachleuten blieben so in dieser Phase aus, wobei die Homogenität der kommunizierten Problemdefinition nicht nur durch das gemeinsame Interesse, sondern auch dadurch gefördert wurde, dass innerhalb der parastaatlichen, hierarchisch organisierten Forstwirtschaft und –forschung ein erheblicher Gruppendruck auf allfällige Dissidenten ausgeübt werden konnte (Zierhofer, 1996: 108).

„Bad news are good news“ – die Medien als Amplifikator

Für die Medien waren die Inhalte der Pressekonferenzen und Verlautbarungen der Förster ein gefundenes Fressen: Das Thema und seine Darstellung war auf die medialen Selektionsmechanismen geradezu ideal abgestimmt. In der Bevölkerung konnte eine Disposition für eine potentielle ökologische Katastrophe vorausgesetzt werden (siehe oben). Man konnte deshalb in den Redaktionen damit rechnen, dass Nachrichten, die sich darauf bezogen - medial gesehen - ‚good news‘ waren. Dies wird durch Baumgartner (1991: 5) - damals zuständiger Redaktor beim Tages-Anzeiger - indirekt bestätigt: auf seiner Redaktion gingen in jenen Monaten im Schnitt 10 bis 15 themenbezogene Leserbriefe pro Tag ein¹²⁹. Das ‚Waldsterben‘ eignete sich für eine mediale Aufbereitung in hohem Masse, es wies zahlreiche ‚Nachrichtenfaktoren‘. Das begann bereits bei der handlichen dramatisierenden Bezeichnung, die sich auf den Wald als flächenhafte, die Landschaft prägende Natur bezog. Die weit weniger dramatischen Begriffe ‚Baumtod‘ oder ‚Baumsterben‘¹³⁰ oder auch das bereits früher vorkommende, viel enger gefasste Weisstannensterben wurden zu Beginn der Konjunktur zwar ebenfalls – wenn auch selten¹³¹ - verwendet, sie wurden aber als Bezeichnung für das Gesamtproblem rasch verdrängt. Das Phänomen war bildlich einprägsam darzustellen, was sich ‚der Spiegel‘ bereits mit seinem Titelblatt von 1981 zunutze machte. Die *claims-maker* prognostizierten in dramatischer, vereinfachender Weise das Absterben der Wälder binnen weniger Jahre – eine höchst besorgniserregende Perspektive, die mit den Bildern grossflächig abgestorbenen Waldes auch gleich antizipatorisch illustriert werden konnte. Die gebleichten Tannengerippe, die in dem von Rauchschäden stark betroffenen tschechischen Erzgebirge in den Himmel ragten so weit das

¹²⁹ Unsere Daten zeigen, dass davon nur ein verschwindend kleiner Teil publiziert wurde – der monatliche Durchschnittswert der Anzahl der Leserbriefe im Tages-Anzeiger von August 1983 bis März 1984 beläuft sich auf etwas weniger als fünf.

¹³⁰ Z. B. ‚Das Baumsterben - Ursachen und Gegenmassnahmen‘ NZZ vom 30.6.1983, Nr. 150.

¹³¹ ‚Baumtod‘ kommt in den Überschriften etwa dreimal vor, ‚Baumsterben‘ etwa zehnmal.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Auge reichte, waren der schlagende Beweis: An den Rändern des mitteleuropäischen Waldteppichs hatte die Katastrophe bereits begonnen. Zusätzlich akzentuiert wurde der Sensationswert des Themas durch die medieneigenen Mechanismen der Quellenselektion: Gemäss Baumgartner (1991: 5) bestand die Tendenz stets dieselben und vor allem jene Wissenschaftler und Förster zu befragen, *„die mit möglichst drastischen Zahlen, markigen Worten und schlüssigen Erklärungen aufzuwarten vermochten.“*¹³²

Politiker vor den Wahlen - Betroffenheit und Wahlerfolg

Beinahe simultan mit den Medien begann auch die Politik auf den Impuls aus Forstkreisen zu reagieren. Mit nur geringer zeitlicher Verzögerung bemächtigten sich die massgeblichen Interessengruppen im Umweltbereich (z. B. die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz oder der WWF) des Themas. Sie übernahmen dabei die Problemdefinition der primären Promotoren unverändert und traten, sei es einzeln oder zusammen bereits im August und September mit dringlichen Massnahmenkatalogen und Notprogrammen an die Öffentlichkeit (Schärer und Zimmermann, 1984: 104).¹³³

Diese Aktivitäten waren für die Etablierung des Themas auf der politischen Agenda allerdings von untergeordneter Bedeutung. Der Grund dafür ist einfach. Die primären Promotoren, d.h. die Forstdirektorenkonferenz und/bzw. Kantonsoberförsterkonferenz und die Experten aus der EAFV (eidg. Anstalt für Forstliches Versuchswesen) und dem Bundesamt für Forstwesen rekrutierten sich ja bereits aus den kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen und Forschungseinrichtungen (siehe auch Häfeli, 1998: S. 247). Als Vehikel der Problemtransmission zu den politisch tonangebenden Spitzen der Exekutive konnte deshalb der Dienstweg genommen werden. Druck seitens der Umweltverbände erübrigte sich. Die Probleme der Organisation von Interessen oder der Mobilisierung einer politisch wirksamen Lobby stellten sich in diesem Falle aufgrund der Vorzugsstellung der primären Problempromotoren gar nicht.

Zu den entschiedensten Verfechtern der Problemkonstruktion und entsprechend drakonischer Massnahmen gehörte so bereits in dieser frühen Phase der Innenminister, Bundesrat Alphons Egli

¹³² Die journalistische Aufbereitung des Themas in der deutschen Presse übertraf die schweizerische an apokalyptischer Drastik und feuilletonistischer Sprachgewalt bei weitem; sie wird in R. Holzbergers Studie Holzberger, Rudi (1995), *Das sogenannte Waldsterben - Zur Karriere eines Klischees: Das Thema Wald im journalistischen Diskurs*, Bergatreute: Wilfried Eppe. gründlich abgehandelt.

¹³³ NZZ vom 29.8.1983, Nr. 200.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

selber, der sich von den Fachleuten in BUWAL und EAFV überzeugen liess. Der Blick bezeichnete den Magistraten bald als ‚Waldsterben-Bundesrat‘ und wenig später abschätzig als ‚Tempo-100-Egli‘¹³⁴, was dessen starke Identifikation mit dem Problem verdeutlicht. Diese Promotion von „ganz oben“ war wahrscheinlich einer der wichtigsten Gründe dafür, dass sich die Politik des Problems so rasch annahm (vgl. auch Schärer und Zimmermann, 1984: 57). Nicht zuletzt hatte die Nebenrolle der eher am linken Ende des politischen Spektrums angesiedelten, und z. t. auch in die Atomkraftgegnerbewegung involvierten Umweltschutzinteressengruppen auch zur Folge, dass der Problemkonstruktion kaum parteipolitisch und ideologisch motivierte Widerstände erwachsen: Sie wurde nicht von der ‚Gegnerschaft‘ auf die Agenda zu drängen versucht, sondern von Akteuren, die für das gesamte parteipolitische Spektrum akzeptabel waren - wenn auch vielleicht aus unterschiedlichen Gründen, wie der oben zitierte Leserbrief zeigt. Die Förster konnten je nach Belieben als wertkonservative Heger des nationalen Erbes oder als Bewahrer des Ökosystems gesehen werden.

Das Schlüsselereignis, welches die Etablierung des Problems auf einem Spitzenplatz der Agenda versinnbildlichte, war die vom Bundesamt für Forstwesen am 1. 9. 83 veranstaltete ‚Orientierungsfahrt Waldsterben‘ in den Staatswald Baan bei Zofingen im Kanton Aargau (Baumgartner, 1991; Schärer und Zimmermann, 1984; Zimmermann, 1991: 24). In Abbildung 23, S. 166 sind ihre medialen Folgen deutlich zu erkennen. Vertreter der Forstverwaltung, der Presse und der Politik - darunter zwei Dutzend Parlamentarier und Bundesrat Egli - aber auch der Generalstabschef nahmen daran teil. Man ist versucht, von einem allegorischen Legitimierungsakt zu sprechen, in dem sich Vertreter der massgeblichen Kräfte trafen - einzig die Kirche fehlte offenbar -, um mit gefurchter Braue die Situation im Forst zur Kenntnis nehmend, das Waldsterben gemeinsam in den Rang eines Problems von nationaler Bedeutung zu erheben. Diese ‚Staatsvisite im Wald‘ war der eigentliche Auslöser für die breite Diskussion und auch die Politisierung des Themas auf allem Ebenen (Häfeli, 1998: 245; Schärer und Zimmermann, 1984: 55).

Auf parlamentarischer Ebene gab es allerdings noch einen weiteren wichtigen Grund für die Zunahme der Aktivitäten: man befand sich mitten im Wahlkampf. Die National- und Ständeratswahlen waren auf den 23. 10. 83 festgesetzt, standen also unmittelbar bevor. Politiker

¹³⁴ Z.B. Blick vom 26. 6. 1984 Nr. 146: „An der Umweltschutzkonferenz: Tempo-100-Egli probt den Alleingang“
Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

aller Parteien sowohl auf kantonaler wie Bundesebene waren deshalb besonders empfänglich für ein neues Thema. Man kann davon ausgehen, dass in der Vorwahlperiode jeder Politiker an Medienpräsenz interessiert ist. Mit einer Eingabe, einem Postulat etc. zum heissen Thema Waldsterben war solche zu erreichen. Die hohe Zahl von 17 parlamentarischen Eingaben zum Waldsterben in der Herbstsession 1983 ist wohl auch dadurch zu erklären.¹³⁵ Die NZZ monierte jedenfalls unter dem Titel *„Wald und Wahlen“* maliziös, *„dass nach Ansicht mancher Parteistrategen der Weg zum Wahlerfolg durch den Wald führt.“*¹³⁶

Die eindringliche Forderung von Massnahmen zur Verhinderung der Katastrophe im Wald hatte nicht nur den erwähnten Vorteil: Sie erlaubte zudem den Bezug auf eine nichtpolarisierende, konsensfähige Problematik (vgl. oben). Dies bedeutete: Die Markierung von Betroffenheit in dieser Angelegenheit konnte möglicherweise Stimmengewinne bringen, kaum aber einen Stimmenverlust verursachen: zu entfremden war damit kaum ein Wähler.¹³⁷ Nicht zuletzt ermöglichte das Waldsterben, dem Politiker Aktivitäten zu entfalten, die über die Veranstaltung der üblichen, stets etwas hilflosen und meist schlecht besuchten Podiumsdiskussionen hinausgingen. Waldspaziergänge mit den Parlamentskandidaten proliferierten entsprechend, wie die NZZ ironisch bemerkte.¹³⁸

Wie stark dieses exogene, mit dem Problem an sich in keinem Zusammenhang stehende Ereignis die Konjunktur in dieser ersten Phase beeinflusste wird auch dadurch belegt, dass die Zahl der Artikel zum Waldsterben im November 83 von 53 im Vormonat wieder beinahe auf das Niveau vor dem August (siehe Abbildung 23, S. 166) fiel – dies im übrigen, obschon immerhin der Bundesrat am 8.11.83 Stellung nahm zu den erwähnten parlamentarischen Eingaben der Herbstsession.

Durch diese Kombination von medialer und politischer Handlungslogik wurde das Waldsterben in einigen Monaten auf einen Spitzenplatz auf der Agenda hochgespült. Dies wirft die Frage auf, ob der Zeitpunkt der Lancierung des Waldsterbens durch die *claims-maker* im

¹³⁵ Vgl. die Texte dieser Eingaben in Schärer, Werner und Willi Zimmermann (1984), *Politische und rechtliche Betrachtungen zum Thema Waldsterben in der Schweiz: eine Standortbestimmung (Beiheft Nr. 73 zur Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen)*, Zürich: Anhang III.

¹³⁶ NZZ vom 8./9. 10. 1983 Nr. 236.

¹³⁷ Das *grazing the commons*-Problem, dass man sich mit einem Thema, dessen sich jedermann annimmt, am Ende ebendeshalb nicht mehr von den Konkurrenten abheben konnte, war natürlich nicht zum vorneherein abzusehen - und wenn es doch erkannt wurde, hat dies wohl nur zu einer Intensivierung beigetragen.

¹³⁸ NZZ vom 19. 10. 1983, Nr. 244.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Hinblick darauf bewusst gewählt wurde, wie das etwa (Häfeli, 1998: 245) vermutet. Ganz von der Hand zu weisen ist jedenfalls nicht, dass die wissenschaftliche Logik - das Waldsterben musste in der Schweiz erst entdeckt werden - beim Läuten der Alarmglocke durch politische Zweckmässigkeits- und Effizienzüberlegungen ergänzt wurde: Im Sommer 1983 konnte mit maximaler Resonanz gerechnet werden.

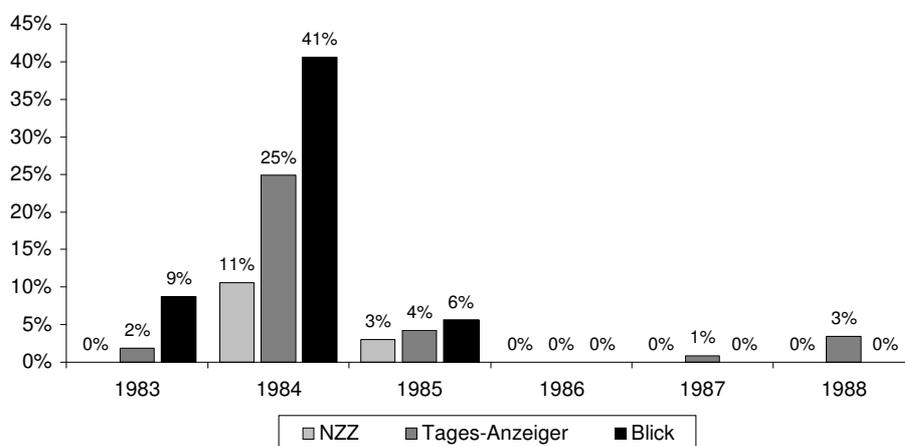
7.3 Phase II: Das Waldsterben in den Mühlen der Politik

Auf diesem Spitzenplatz auf der medialen und politischen Agenda hielt sich das Waldsterben - nach dem kurzen Einbruch im November 83 - bis zur Sondersession im Februar 1985. Das Volumen der Berichterstattung zum Thema war in den drei untersuchten Tageszeitungen sehr hoch. In der NZZ erschienen vom Januar 84 bis Februar 85 durchschnittlich 32 Artikel, im Tages-Anzeiger waren es im gleichen Zeitraum monatlich 24 und im viel weniger umfangreichen Blick immerhin 7. Gemäss einer Ende 1984 durchgeführten Umfrage der Nachrichtenagentur AP galt den schweizerischen Journalisten das Waldsterben als dominierendes politisches Thema des Jahres (Baumgartner, 1991: 7). Nachdem im Sommer und Herbst 1983 das Phänomen und seine allgemeinen Ursachen im Vordergrund gestanden hatten, begann man nach der Jahreswende über konkrete, gesetzlich umsetzbare Massnahmen zu debattieren – ein sicheres Zeichen dafür, dass sich der Hauptfokus der Problembearbeitung in die Politik verlagerte. Auch in der Presseberichterstattung schlug sich dies nieder, wie die folgende Abbildung zeigt:

Breitere Kreise waren durch ein bundesrätliches Programm von zehn Sofortmassnahmen zur Ursachenbekämpfung betroffen, das am 12. März 84 offiziell vorgestellt wurde. Die meisten davon betrafen technische Vorkehrungen zur Reduktion des Schadstoffausstosses wie etwa die Einführung bleifreien Normalbenzins, des Katalysators, der Kontrolle von Ölfeuerungen, der Gebäudeisolation etc. Sie waren weitgehend unbestritten, so dass die gesetzlichen Grundlagen sofort in Kraft gesetzt werden konnten. Zu reden gab dagegen die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf Überlandstrassen von 100 km/h auf 80 km/h und jene auf Autobahnen von 130 km/h auf 100 km/h. Der Bundesrat beschloss deshalb auch, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.¹³⁹

Abbildung 24 zeigt, dass im Juni und Juli 84 etwa 40% aller Artikel zum Thema Waldsterben bereits im Titel darauf Bezug nahm. Aufschlussreich für die Qualität dieser Debatte ist aber auch das unterschiedliche Gewicht, welches die drei Tageszeitungen dem Thema im Kontext der Waldsterbensdiskussion beimassen:

Abbildung 25 Die Tempo 80/100-Thematik in den überregionalen Tageszeitungen der Deutschschweiz 1983-88



Quelle: eigener Datensatz. Prozentanteile der Artikel zum Waldsterben, welche die Zeichenkette ‚tempo‘ enthalten.

¹³⁹ NZZ vom 13.3.1984, Nr. 61.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Abbildung 25 zeigt deutlich, wie stark der Blick durch die Tempo-thematik geprägt war: Beinahe die Hälfte der Artikel und Leserbriefe in dieser Zeitung nahmen auf die Tempofrage Bezug, während es in der NZZ kein Zehntel war. Der Tages-Anzeiger lag ungefähr in der Mitte. Die starke Gewichtung dieses Themas im Blick ist ein Indiz dafür, dass diese Massnahme breiten Bevölkerungsschichten ein Dorn im Auge war - was zudem belegt wird durch den ausserordentlichen Erfolg der Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative "pro Tempo 130/100" die bereits im März lanciert wurde. Binnen neun Monaten waren 256'000 Unterschriften zusammengekommen; bereits nach der halben maximalen Sammelfrist doppelt soviele Unterschriften wie notwendig, was eines der besten überhaupt je erzielten Resultate darstellte (Zierhofer, 1998: 170; Zimmermann, 1991: 27).

Die Brisanz der Diskussion über die Geschwindigkeitsbegrenzung ist leicht zu erklären: Von ihr war (als Autofahrer) beinahe jeder Bürger betroffen, sie hätte eine persönlich erfahrbare Beschränkung des Handlungsspielraums eines erheblichen Teils der Bevölkerung nach sich gezogen. Hinzu kam, dass die Wirksamkeit dieser Massnahme von Anfang an nicht unbestritten war – selbst unter der Prämisse eines Zusammenhangs zwischen Luftverschmutzung und Waldsterben. Die zu Beginn vorherrschende Konstruktion des Problems ‚Waldsterben‘ kollidierte hier also, vermittelt durch eine der implizierten Massnahmen, mit bereits vorhandenen Interessen und Nutzenabwägungen.

Die hitzig geführte Tempo 80/100-Diskussion mochte ihre absurden Aspekte aufweisen.¹⁴⁰ Sie war aber bedeutsam, weil sie als Katalysator wesentlich zu einer Klärung der Haltungen unterschiedlicher, an der politischen Willensbildung direkt oder indirekt beteiligter Gruppen beitrug. Wenn auch das Phänomen Waldsterben an sich zu diesem Zeitpunkt (zumindest in der Deutschschweiz) noch kaum grundsätzlich in Frage gestellt wurde (Baumgartner, 1991: 8), so entwickelten und artikulierten sich doch unterschiedliche Ansichten darüber, wie brennend das Problem denn nun tatsächlich sei, welches seine Ursachen waren, und welche Einschränkungen zu seiner Lösung in Kauf genommen werden sollten. Der anfängliche Konsens über die 'richtige' Problemkonstruktion zerbrach.

Die Resultate des Vernehmlassungsverfahrens zeigten im Juli 1984 zunächst einen sehr deutlichen Unterschied der Einschätzung zwischen den Sprachregionen: Die Kantone der

¹⁴⁰ "Abwegiges in der Tempodiskussion" NZZ vom 15.8.1984 Nr. 188.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Romandie lehnten die Massnahme geschlossen ab mit der Begründung, sie sei gegen den erklärten Volkswillen nicht durchsetzbar. Zuzuschreiben ist dies einerseits wohl dem in der Romandie bekanntermassen generell weniger ausgeprägten Umweltbewusstsein, andererseits einer (noch) höheren Wertschätzung des Gutes "unbehinderter Automobilverkehr", die sich in verkehrspolitischen Volksabstimmungen regelmässig manifestiert (Linder, et al., 2000, S40).¹⁴¹ Das Waldsterben hatte jenseits des Röstigrabens auch einen sehr viel geringeren Stellenwert auf der medialen Agenda und wurde weniger in den Kategorien der Katastrophenrhetorik abgehandelt; oft sprach man auch spöttisch von einer "hysterie alémanique" (Dejung, 1996: 129ff).

Es zeigte sich ferner, dass auch im politischen Spektrum unterschiedliche Ansichten bestanden: während die SPS und die Grünen, die Zentrumsparterie CVP sowie einige kleinere Parteien (LdU etc.) die Einführung von 80/100 vorbehaltlos bejahten, reagierten die Parteien rechts der Mitte (FDP und SVP) insgesamt ablehnend, waren aber zum Teil gespalten. Bei den ebenfalls in die Vernehmlassung einbezogenen Verbänden waren die Fronten klar und vorhersagbar: die Umweltschutzverbände (WWF, SGU etc.) sprachen sich für die Massnahme aus, die Verkehrsverbände (TCS etc.) dagegen.

Zum Arsenal der *counterrhetorics* (Ibarra und Kitsuse, 1993) der Gegnerschaft gehörte dabei der Vorwurf, die Diskussion zu emotionalisieren – eine Strategie, die sich zur Entgegnung auf Katastrophenrhetorik stets anbietet. Überdies sei der Kausalzusammenhang zwischen Autoabgasen und dem Waldsterben nicht gesichert womit auch der Nachweis der Wirksamkeit der Temporeduktion fehle. Schliesslich käme es wegen der reduzierten Höchstgeschwindigkeit auf den Autobahnen zu einer Verlagerung des Verkehrs auf das übrige Strassennetz und damit vermehrt zu Unfällen.¹⁴² Aufschlussreich sind auch die Resultate einer Blitz-Umfrage, die der Blick zu Tempo 80/100 Mitte Februar 1984 durchführte. Sie zeigen, dass die Gegner der Massnahme oft gar keinen expliziten Bezug zum Waldsterben oder zum Umweltschutz herstellten. Unter der Überschrift "Zwei Drittel der Autofahrer gegen Tempo 100" war eines der

¹⁴¹ Beispielsweise in der Abstimmung über das Bundesgesetz über den Strassenverkehr (30.11.80), d.h. im wesentlichen über das Gurten- und Schutzhelmbobligatorium, welches in der Romandie sehr deutlich abgelehnt wurde; der Abstimmung über die Einführung der Schwerverkehrsabgabe und der Autobahnvignette am 26.2.1984, oder auch der Abstimmung über die Tempo 100/130-Initiative (26.11.1989), die nur in der Romandie mehrheitlich angenommen wurde Longchamp, Claude (1990), *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989*, Bern: GfFS - Universität Bern..

¹⁴² TCS-Direktor E. Membrez in der NZZ vom 27.7.1984, Nr. 173.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

häufigsten Argumente gegen die Temporeduktion schlichtweg, dass sie den Spass am Autofahren mindern, oder gar – *horribile dictu* - die schweizerischen Autobahnen überflüssig machen würde. So meinte z. B. Anton Spieler aus Bern: *„Ich bin für Tempo 100/130 wie bisher. Wenn man schon schnelle Autos baut, soll man sie auch ausfahren können“* oder Max Julen aus Zermatt: *„Tempo 100 ist eine Sauerei – dann braucht es auch bald keine Autobahnen mehr in der Schweiz“*.¹⁴³ Die Kritik an der konkreten Massnahme erschien in derartigen Stellungnahmen völlig abgekoppelt vom Problem, das sie ausgelöst hat. Die meisten übrigen Gegner begründeten ihre Ablehnung, indem sie die Wirksamkeit der Massnahme in Abrede stellten. Jedenfalls stand das Waldsterben in der Hierarchie der parallel zu lösenden Probleme nicht für jedermann an der Spitze.

Im Verlauf des Jahres 1984 mutierte das ‘Waldsterben’ so zusehends zu einem klassischen Umweltthema mit der entsprechenden Lokalisierung in der schweizerischen Parteien- und Verbandslandschaft: Die Sondersession Waldsterben, die in der ersten Februarwoche 1985 stattfand, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrats initiiert (und von der EVP und LdU unterstützt) und stiess bei den bürgerlichen Parteien auf wenig Begeisterung: sie hielten dies für einen parteipolitisch motivierten Profilierungsversuch.¹⁴⁴

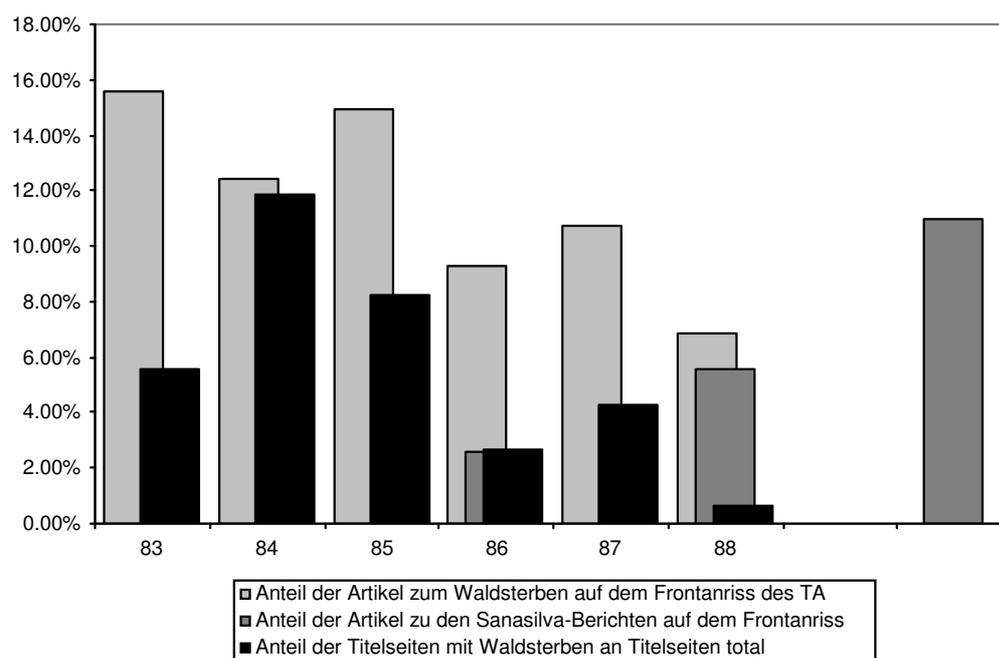
7.4 Phase III: Die Dekonstruktion des Waldsterbens

Die Sondersession Waldsterben im Februar 1985 mit ihrem dreitägigen Redenmarathon löste den quantitativen Höhepunkt der medialen Aufmerksamkeit für das Phänomen ‘Waldsterben’ aus. Danach begann sie erheblich abzunehmen. Abbildung 22 zeigt, dass die Artikelanzahl nur noch sporadisch das Niveau von ca. 40 Artikeln pro Monat erreichte, welches während des Jahres 1984 nie unterschritten wurde. Der Durchschnittswert von April bis Dezember 85 (29 Artikel pro Monat) betrug etwa die Hälfte desjenigen des Jahres 84 (60 Artikel pro Monat). 1986 und 87 waren es durchschnittlich noch etwas weniger als 20, während 1988 noch etwa sechs Artikel pro Monat veröffentlicht wurden. Sehr deutlich ist die Abnahme auch bei den Leserbriefen feststellbar. Mit Ausnahme der Welle anlässlich der Publikation des Sanasilva-Berichtes 1986, wurden zum Thema in den ausgewählten Zeitungen kaum noch Leserbriefe (1-2 pro Monat) veröffentlicht. Abbildung 26 zeigt zudem, dass die Konkurrenzfähigkeit des Themas um die Frontseite des Tages-Anzeigers nach 1984-85 drastisch abnahm: War das Waldsterben 1984 alle

¹⁴³ Blick vom 15.2. 1984, Nr. 38.

14 Tage (36 mal) frontseitenwürdig, so wurde 1988 noch gerade zwei Mal ein Artikel dazu auf der Frontseite plaziert.

Abbildung 26 Die Präsenz des Waldsterbens auf der Titelseite des Tages-Anzeigers 1983-88



Quelle: eigener Datensatz, Die Anteile der Sanasilva-Artikel auf der Frontseite 1986-1990 nach (Diggelmann, 1996: 176).

Abbildung 26 weist aber auch auf eine merkwürdige Asynchronizität hin: Der Anteil der Artikel über das Waldsterben, die vom Tages-Anzeiger auf die Titelseite gesetzt wurden, nahm zwar ebenfalls ab – aber die Abnahme verlief doch zumindest bis 1987 sehr viel weniger steil von etwa 13% 1984 und 1985 auf etwa 10% 1986 und 87. Zwar verlor das Waldsterben, absolut gesehen, seinen *top news*-Charakter, aber relativ zum Volumen der themenbezogenen Berichterstattung fand es nur unwesentlich seltener auf der Frontseite statt.¹⁴⁵ Untersucht man wie Diggelmann (1996) nur die Sanasilva-Berichterstattung (allerdings in einer sehr viel breiteren,

¹⁴⁴ NZZ vom 30. 11. 1984 Nr. 280.

¹⁴⁵ Der durchschnittliche Anteil der Frontanriss-Artikel zu Waldsterben und Kernkraft in unserem Datensatz ist im übrigen beinahe identisch (ca. 12%); es scheint sich hier beinahe um eine Konstante zu handeln.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

gesamtschweizerischen Stichprobe), so nahm der Anteil des Frontanrisses am Gesamtvolumen zwischen 1986 und 1990 sogar zu. Bei abnehmenden Volumen hätte sich so der generelle Kalamitätscharakter des Themas Waldsterben erhalten: Ein Eindruck, der sich auch bei der Lektüre der Artikel in dieser Phase einstellt. Die wenigen noch erscheinenden Artikel unterschieden sich, zumindest in den Qualitätsblättern NZZ und vor allem im Tages-Anzeiger, noch während 2 bis 3 Jahren in ihrem apokalyptischen Tonfall kaum von jenen der Jahre 83 bis 85.

Die Volumenschrumpfung kann zunächst darauf zurückgeführt werden, dass mit der Sondersession ein Zyklus gesetzgeberischer Aktivität auf Bundesebene beendet war. Jene Massnahmen, die konsensfähig waren, weil sie nicht mit einer als wesentlich empfundenen Einschränkung individuellen Verhaltens verbunden waren, waren weitgehend erlassen. Das politisch machbare war Gesetz (wie etwa die Luftreinhalteverordnung) oder zumindest in die Wege geleitet wie etwa die Revision des Forstpolizeigesetzes (Zierhofer, 1998: 171). In der Tempofrage einigte man sich auf den Kompromiss 80 kmh auf Landstrassen, 120 kmh auf Autobahnen. Das Waldsterben als politisches Problem war damit mehr oder weniger erledigt (Zierhofer, 1998). Berichtenswerte Ereignisse aus dieser Arena wurden deshalb seltener.

Der sogenannte 'Borkenkäferbeschluss', welcher vom Parlament am 4. 5. 84 verabschiedet wurde, d. h. die Sofortmassnahmen zugunsten des Forstwesens in Form von Subventionen zur Borkenkäferbekämpfung, zur Waldpflege und zur Unterstützung der defizitären Forstbetriebe führten zu einer beträchtlichen Ressourcenexpansion in diesem Bereich. Zwischen 1983 und 1987 wuchsen die vom Parlament bewilligten Bundesbeiträge von ca. 50 auf 124 Mio. Fr. (Gilg, et al.) und schliesslich 1990 auf 270 Mio jährlich. (Kissling-Näf und Zimmermann, 1996: 62). Das Waldsterben war aber auch der Anstoss für eine längerfristig wirksame Revision des Forstpolizeigesetzes von 1904 zum Waldgesetz (WaG; 1991 abgeschlossen), im Rahmen derer eine Umgewichtung des Instrumentariums der Forstpolitik weg von Vorschriften/Verboten hin zum vermehrten Einsatz positiver finanzieller Anreize, d.h. Subventionen, erfolgte¹⁴⁶ und die Einflussnahme des Bundes auf die Walderhaltung verstärkt wurde (Kissling-Näf und Zimmermann, 1996: 64ff).

¹⁴⁶ TA vom 27.11.1987 Nr. 276 "Wird die Forstwirtschaft subventionsabhängig?"

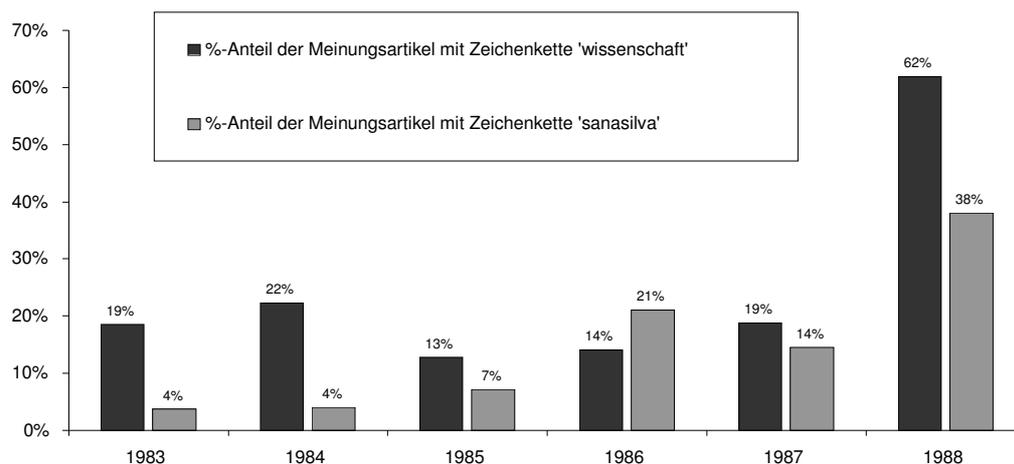
Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Die Promotoren hatten damit eines ihrer Ziele erreicht; sie erhielten die finanziellen Mittel für die Waldpflege und Forschung, die sie in ihren Massnahmenkatalogen gefordert hatten, und es gelang ihnen, die gesetzlichen Weichen so zu stellen, dass der Mittelzufluss auch weiterhin gewährleistet war: *”Die Forstwirtschaft ging als grosse Gewinnerin aus der Auseinandersetzung um die Waldschäden hervor”* (Zierhofer, 1998: 183). Ihr Einsatz für die Propagierung des Waldsterbens liess deshalb nach. Diese beiden Faktoren bewirkten, dass sich der Input, dem das Mediensystem ausgesetzt war, verringerte.

Gleichzeitig hatte die intensive Medienpräsenz bis zur Sondersession eine gewisse Übersättigung mit dem Thema bewirkt. Das Waldsterben hatte seinen Neuigkeitswert, die Fähigkeit zu schockieren, eingebüsst. Der Grenznutzen von Meldungen über das Waldsterben nahm zwangsläufig ab. In der Wiederholung der Hiobsbotschaft verlor sich deren Dramatik, die für die Allokation von Ressourcen im Mediensystem von hoher Bedeutung ist (Hilgartner und Bosk, 1988: 71).

Als Quelle für die Medien blieb im wesentlichen die Wissenschaft übrig. Sie wurde in der Medienberichterstattung gegen Ende der Untersuchungsperiode zunehmend wichtiger, nimmt man die relative Anzahl des Bezugs auf Wissenschaft in den Meinungsartikeln des Datensatzes als Massstab:

Abbildung 27 Anteil der Wissenschaftsnennungen in den Artikeln zum Waldsterben 1983 - 1988



Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Quelle: eigener Datensatz.

Die Zunahme der relativen Bedeutung der Wissenschaft ist einerseits darauf zurückzuführen, dass andere Quellen versiegtten. Andererseits spielte aber auch die Expansion des Wissenschaftsapparates im Gefolge der Förderung der Waldschadenserfassungs- und Ursachenforschung eine Rolle. So verdoppelte sich etwa der Bestand des akademisch ausgebildeten Personals in der zuständigen forstlichen Verwaltungsstelle (Eidgenössische Forstdirektion) zwischen 1983 und 1987 beinahe (Kissling-Näf und Zimmermann, 1996). Auch private Institute und Einzelpersonen betätigten sich in diesem publizitätsträchtigen und finanziell ergiebigen Bereich als Experten:¹⁴⁷ Staatliche Stellen und Verbände stellten reichlich Finanzmittel zur Verfügung, weil Forschungsförderung unkontrovers war. Aufgrund dieser Ressourcenausweitung im Wissenschaftssystem expandierte mit einer gewissen Zeitverzögerung der Output des schweizerischen Forschungsapparates zum Thema Waldsterben (vgl. Abbildung 22).

Wissenschaftsintern führte diese Expansion der Forschung allerdings rasch zu einer eigentlichen Dekonstruktion des Problems ‚Waldsterben‘: Es zerfloss den Forschern regelrecht unter den Händen. Der Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Waldsterben wurde in Frage gestellt und nach und nach auch die weiteren Elemente des ursprünglichen Konstrukts (siehe S. 167). Gleichwohl hielt sich, wie bereits angedeutet, die ursprüngliche, apokalyptische Konzeption des Waldsterbens in der (seriösen) Presse erstaunlich lange. Einzig der Blick scherte bereits früh, im Anschluss an die Diskussion um die Tempolimiten, aus dem offiziellen Betroffenheitskonsens aus: Er bejahte bereits Ende 1985 die rhetorische Frage *„Ist das Waldsterben als Thema tot?“*.¹⁴⁸ In der NZZ setzte die kritische Befragung des Kausalzusammenhangs zwischen Luftverschmutzung und Waldsterben und darüber hinausgehend der Zweifel an der Existenz des Phänomens und seiner Bedeutung erst Ende 1988 ein mit einer Artikelserie unter dem Titel *„Stirbt der Wald - oder stirbt er nicht? Mehr offene Fragen zum Waldsterben als je zuvor“*,¹⁴⁹ im Tages-Anzeiger sogar noch etwas später (vgl. dazu

¹⁴⁷ NZZ vom 16.7.1986 Nr. 162 *„Unredlichkeit in der Waldsterbeforschung“*.

¹⁴⁸ Blick vom 14.12.1975, Nr. 292.

¹⁴⁹ NZZ vom 17.11.1988 Nr. 269. Zierhofer (1998) bezeichnet sie *„rückblickend als grösste Zäsur in der Geschichte der durch die Medien verbreiteten Vorstellungen über das Waldsterben“*.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: *Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz*. Seismo-Verlag, Zürich 2002

auch Zierhofer, 1999:). Wie ist die verzögerte Transmission dieses Wandels in die mediale Öffentlichkeit zu erklären?

Das wichtigste Vehikel für den Transport von Informationen aus der Wissenschaft in die Medien waren die sogenannten Sanasilva-Berichte, die seit 1984 alljährlich von BUWAL und der EAFV (später WSL) erstellt wurden. Ihre Präsentation - bis 1989 in einer Pressekonferenz im Bundeshaus unter Anwesenheit des zuständigen Bundesrates – war in den Jahren nach dem Höhepunkt der Sondersession im Februar 1985 jenes Ereignis, welches das Waldsterben jeweils noch einmal den Fokus der Medien rückte und für kurze Zeit die Diskussion wieder belebte.

Der Inhalt der Sanasilva-Berichte wurde jeweils in Form einer einfachen schlagzeilengerechten Masszahl vermittelt: Die *'Zahl der geschädigten Bäume'* wurde als Masszahl für die Katastrophentemperatur verwendet. Sie nahm etwa gemäss dem Sanasilva-Bericht 1986 innert Jahresfrist von 29% auf 45%, 1987 von 50% auf 56% zu. Die Sanasilva-Berichte hatten den Charakter offizieller Statistiken des Waldzustandes und genossen entsprechend einen hohen Glaubwürdigkeitsvorsprung in der Öffentlichkeit.

Problematisch war dabei einerseits, dass die inhaltlich Ausgestaltung und Gewichtung (zumindest die relevanten Pressemitteilungen) von den *umweltpolitischen* Instanzen der Bundesverwaltung beeinflusst wurden. Das BUWAL als Untereinheit des Innenministeriums identifizierte sich mit den umweltpolitischen Zielen, die unter dem Hinweis auf die Gefährdung der Wälder verfolgt wurden, in hohem Masse, und scheute auch vor drastischen Mitteln nicht zurück: Eine amtliche Broschüre vom Dezember 1984 zeigte auf dem Titelblatt einen kranken Tannenzweig und die Überschrift: *"Kranke Tannen stossen letzte Angsttriebe aus – Dieser Rettungsversuch der Natur nützt nichts mehr, wenn wir nicht die Luftverschmutzung bei allen Verursachern reduzieren"*. Eine Kritik an den eigenen Resultaten wäre Wasser auf die Mühlen der Gegner der umweltpolitischen Massnahmen gewesen, die zur Bekämpfung des Waldsterbens erlassen worden waren. Dies, und die Furcht vor dem zu erwartenden Glaubwürdigkeitsverlust dürfte mit zu den Gründen gehört haben, dass die – ziemlich erhebliche- methodische Problematik der Waldschadenserfassung während geraumer Zeit wenn nicht unterschlagen, so doch zumindest nicht in den Vordergrund gestellt wurde (Zierhofer, 1998). Es ist überdies davon auszugehen, dass informelle Mechanismen sozialer Kontrolle eine Uniformierung der von den Mitarbeitern der Bundesforschungsinstitutionen nach aussen vertretenen Ansichten begünstigten:

im Umfeld des hierarchisierten staatlichen Waldforschungsapparates waren für die Äusserung von Zweifeln oder Kritik Sanktionen zu erwarten (Zierhofer, 1996: 108).

Gemäss (Zierhofer, 1998) löste sich diese Blockade bezeichnenderweise erst im Gefolge eines Personalwechsels an der Spitze der EAFV von Walter Bosshard zu Rodolphe Schläpfer 1987: Die sich aus Aussagen, Prognosen etc. der Vergangenheit ergebende Selbstverpflichtung auf eine bestimmte Problemkonstruktion verlor damit ihre Verbindlichkeit für jene, die sie nach aussen zu kommunizieren hatten. Der neue Besen konnte das alte Gesicht nicht mehr verlieren.

Diese wissenschaftsinternen Mechanismen der Problemkonstruktionsstabilisierung wurden durch medienspezifische Filter bzw. Immunisierungsstrategien (Zierhofer, 1999) komplementiert. Der Zwang zur Schlagzeilengerechtigkeit und Einfachheit der Aussage führte dazu, dass die griffigen Prozentzahlen der Pressemeldungen, die bei der Präsentation der Sanasilva-Studien publiziert wurden, meist die einzige Information war, die den medialen Filter zu durchdringen vermochte (siehe auch Diggelmann, 1996: 180). Eine kritische Auseinandersetzung mit der Methode der Feststellung des Ausmasses der Waldschäden, die bei einer gründlichen Lektüre der Gesamtberichte durchaus möglich gewesen wäre, blieb weitgehend aus, weil dieser die Komplexitätsfähigkeit des medialen Diskurses offensichtlich überforderte (Zierhofer, 1996).

Ebenso wichtig war aber, dass im Zuge der Politisierung und Instrumentalisierung des Themas die Anerkennung der Realität des Waldsterbens und der Luftverschmutzungshypothese zum Lackmустest für das Umweltbewusstsein überhaupt wurden. Wer am Waldsterben zweifelte, musste damit rechnen, dass ihm mit dem Argument der Interessengebundenheit, mangelnder Einsicht in die bevorstehende ökologische Katastrophe oder dem Vorwurf umweltpolitische Ziele zu hintertreiben, begegnet wurde. Das Waldsterben erhielt so beinahe Fetischcharakter im rhetorischen (und mentalen) Arsenal der 'aufgeklärten' Medienöffentlichkeit und besorgter Zeitgenossen.

Beispielhaft lässt sich dieses rhetorische Immunisierungssystem etwa an der heftigen Diskussion um die Studie 'Wald und Luft' des Forstingenieurs Gion Caprez im Januar 1987 (Caprez und Fischer, 1987) aufzeigen. In dieser vom Strassenverkehrsverband finanzierten Studie bezweifelte der Autor die Methodik der Waldschadenserhebung und die Luftverschmutzungshypothese, und führte die Waldschäden - an denen er nicht zweifelte - im wesentlichen auf jahrzehntelange Versäumnisse in der Forstpflge zurück. Mit diesem Versuch einer Rekonstruktion des Problems geriet er gleich von zwei Seiten unter Beschuss: einerseits

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

wehrten sich die Förster gegen die Unterstellung dieses Nestbeschmutzers, den Wald falsch gepflegt, und das Waldsterben als Mittel zum Lockermachen von Subventionen inszeniert zu haben. Der Tages-Anzeiger publizierte eine ganze Batterie entsetzter Leserbriefe unter der Generalüberschrift *”Unverständnis gegenüber der Studie des Strassenverkehrsverbandes”*. Die Tonlage illustrieren folgende Zuschriften (wobei die erste von einem Fachgenossen stammt):

Die Studie von Forstingenieur Gion Caprez zur Unterstützung des TCS-Vorstosses ist ein sehr peinliches Elaborat. Da hat sich ein braver, der Publizitätssucht erlegener Haflinger vor einen deutlich gefärbten Karren spannen lassen! In der etwa vierjährigen Schweizer Waldsterbensgeschichte ist dies meines Wissens erst der zweite forstlich gebildete Rufer in der Wüste und gewiss kein genialer Nachfolger des inzwischen verstummten ersten Rufers. Gion Caprez brüskiert mit seiner ”Studie” etwa 650 in der Branche tätige Forstingenieur-Kollegen, die allerdings nicht nur ihre Bürowände kennen! Aufgrund untauglicher Herausforderung ist nun sicher kein Expertenstreit in Sicht!¹⁵⁰

... Wer versucht schon, seinen Garagisten von der Unnötigkeit regelmässiger Servicearbeiten am eigenen Wagen zu überzeugen? Wohl kaum jemand; werden doch Wissen und Erfahrung eines jeden Fachmannes auf seinem Gebiet normalerweise von uns Laien anerkannt. Eigenartigerweise geschieht es in letzter Zeit aber immer häufiger, dass beim Erscheinen von Umweltstudien, wie z. B. dem neusten Sanasilva-Bericht, sich jedermann zum «Fachmann» aufspielt. Kritiken an wissenschaftlichen Arbeiten dieser Art basieren dann oft auf recht fadenscheinigen, unfundierten Argumenten ...; häufig genügt jedoch schon der lakonische Ausspruch «Das kann doch nicht stimmen!». Ganz klar, geht es dabei doch um unsere «persönliche Freiheit», damit um des Schweizlers liebstes Kind «Auto» und nicht zuletzt auch um die Macht und Expansion des Auto- und Strassenbaugewerbes!¹⁵¹

Dieses *”Es kann nicht sein”* in dem das Bestreben zur Immunisierung der ursprünglichen Konstruktion deutlich erkennbar wird, kam auch in den Reaktionen zum Ausdruck als der Sanasilva-Bericht 1988 keine Zunahme der Waldschäden mehr diagnostizierte und der Wechsel an der Spitze der EAFV zu einem kommunikativen Kurswechsel dieser Institution führte, wie folgender Leserbrief zeigt:

Die Sanasilva-Waldschadeninventur 1988 beunruhigt mich. Natürlich freut es mich, wenn ich lese, dass es dem Wald nicht mehr ganz so schlecht geht, aber es gibt mir zu denken, wenn all jene bestätigt werden, die schon immer der Meinung waren, dass das Waldsterben übertrieben dargestellt werde und dass sich alles mit

¹⁵⁰ Leserbrief Streiff (dipl. Forsting ETH Tages-Anzeiger vom 16.1.1987, Nr. 12. Ein in seiner Stossrichtung ähnlicher Leserbrief des kantonalzürcherischen Alt-Oberforstmeisters E. Krebs in der NZZ vom 12.1.1988 anlässlich der Buchpublikation von Caprez’ Studie.

¹⁵¹ Leserbrief Straub, TA vom 16.1.1987, Nr. 12.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

der Zeit wieder ganz von selbst regeln würde. Dem Wald mag es zwar etwas besser gehen, aber es geht ihm nicht gut genug, um uns beruhigt zur Tagesordnung übergehen zu lassen. Dass der Sanasilva-Bericht für die Wälder eine echte Hilfe ist, wage ich zu bezweifeln, denn er bestätigt dem Wald mehr Eigenschuld als dem Menschen schuldhaftes Verhalten.¹⁵²

Diesen Immunisierungstendenzen zum Trotz büsste das Waldsterben seine Problemnatur schliesslich ein und war seit Beginn der 90er Jahre nur noch eine Reminiszenz (Zimmermann, 1991: S. 19ff).¹⁵³ Die Katastrophenprognosen bewahrheiteten sich nicht, und die bunten Binden der Parkbäume begannen zu verrotten. Sieht man von der erwähnten NZZ-Artikelserie ab, fand kaum eine explizite mediale Auseinandersetzung mit den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft statt: Die Diskussion wurde ganz einfach eingestellt, sie versiegte aus Mangel an empirischer Evidenz - und vielleicht auch, weil dadurch den Verantwortlichen in Medien und Politik ein Gesichtsverlust erspart blieb.

7.5 Folgerungen

Überblickt man abschliessend die erstaunliche Problemkarriere des Waldsterbens so erscheint sie als Resultante des Zusammenwirkens dreier wichtiger Faktorengruppen. Eine wichtige Rolle spielte dabei zunächst als Voraussetzung die mentale Disposition, ein übergreifendes latent vorhandenes Deutungsmuster, welches für den Beginn der 80er Jahre geradezu Leitcharakter hatte, sie charakterisierte. Die Umwelt wurde zu Beginn der 80er Jahre als System konstruiert, das sich aufgrund menschlichen Fehlverhaltens am Rande des Abgrundes befand. Unter diesen Umständen war ein Phänomen von der Art des Waldsterbens zu erwarten, dieses war sozusagen die konkrete Aktualisierung der unausweichlichen Katastrophe. Diese Rahmung hat aber auch wesentlichen Anteil daran, dass sich die katastrophale Konzeption, auch nachdem sie durch die Wissenschaft desavouiert worden war, noch halten konnte: es schien schlichtweg undenkbar, dass sich keine Katastrophe ereignen würde.

Die akute Problemträchtigkeit des Waldsterbens vor dem Hintergrund dieser Erwartung liess es zum geeigneten Instrument einer Vielzahl an sich bereits bestehender, vom Problem selbst unabhängiger Gruppeninteressen werden: Die Forstwirtschaft hatte ein Grundinteresse an der

¹⁵² Leserbrief ^{Preiss}, TA vom 7.12.1988, Nr. 286.

Verbesserung ihrer ökonomischen Lage – das Waldsterben diente ihr als Vehikel für ihre Forderung nach Ressourcen für die Waldpflege und ein neues Waldgesetz. In der Wissenschaft bestand ein Grundinteresse an Forschungsgeldern – das Waldsterben half sie reichlich zu lockern. Die Redakteure und Journalisten in den Medien wollten ihre Zeitung verkaufen – sie hatten eine sensationelle *story*, den Weltuntergang vor der Haustür. Aber auch den Politikern kam das Waldsterben in der Vorwahlzeit sehr gelegen: Sie konnten Betroffenheit markieren angesichts eines in seiner Konsensfähigkeit zur Gewinnung des Medianwählers geeignetes Themas.

Diese Interessenkonstellationen spülten das Waldsterben auf der Agenda nach oben – sie bewirkten aber auch, dass es wieder verschwand. Die Forstwirtschaft war nach einiger Zeit saturiert. Für die Presse verlor das Waldsterben seinen Neuigkeitswert. Nachdem sich die erste Aufregung etwas gelegt hatte stellten einige Politiker fest, dass die Massnahmen zur Bekämpfung des Problems mit anderen Interessen ihrer *constituencies* kollidierten, etwa in der Höchstgeschwindigkeitsfrage - Sie entwickelten sich zu Gegenspielern. Aber auch die beschriebene Immunisierung der Konstruktion in der Schlussphase ist teilweise auf Interessen zurückzuführen: man wollte, sich selbst widersprechend nicht an Glaubwürdigkeit einbüßen, Die Nicht-Existenz des Problems "Waldsterben" wäre so für jene, die über das Vehikel der offiziösen Sanasilvaberichte die mediale Darstellung des Standes der Wissenschaft in hohem Masse kontrollierten, selbst zum Problem geworden.

Nicht zuletzt von Bedeutung waren aber auch teilsystemspezifische institutionelle Rahmenbedingungen welche den prozeduralen Ablauf des Handelns der Akteure steuern. Nachdem das Waldsterben als Problem lanciert war, wurde die Problembehandlung durch die Regelwerke von Politik und Wissenschaft kanalisiert. Erstere sorgten etwa für den privilegierten Zugang der primären *claims-maker* aus dem Forstwesen zu den Exekutivinstanzen. Die bevorstehenden Parlamentswahlen im Rahmen des regulären vierjährigen Zyklus erhöhten die Resonanzbereitschaft der Politiker zum geeigneten Zeitpunkt. Schliesslich strukturierten die Regeln des Gesetzgebungsprozesses mit seinen parlamentarischen Beratungen und Vernehmlassungen die Problemkarriere in der Phase der Hochkonjunktur 1984 und 85. In den langsamen Mühlen des Wissenschaftssystems - durch *peer-review* validierte Tests von

¹⁵³ In der Abstimmung zur Tempo 100/130 Initiative im Januar 1989 spielte der Waldzustand keine Rolle mehr, und 1990 und 1991 war das Waldsterben auch nicht mehr Gegenstand parlamentarischer Vorstösse. Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Hypothesen und deren allmähliche Eliminierung - wurde das Problem Waldsterben schliesslich bis zur Unkenntlichkeit zermalmt.

Kapitel 8

„Tschernobyl ist überall“: Die schweizerische Kernkraftdiskussion nach der Katastrophe

Der Reaktorbrand, der am 26. 4. 1986 im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl als Folge eines ausser Kontrolle geratenen Reaktorexperiments ausbrach, ist als weltweit grösster Unfall der zivilen Nutzung der Kernkraft in die Geschichte eingegangen.¹⁵⁴ Anschliessend an den vorhergehenden Beitrag in diesem Band befasst sich die folgende Fallstudie mit der Entwicklung der Diskussion um die Nutzung der Kernkraft in der Schweiz nach diesem Schlüsselereignis.

Am Vorabend von Tschernobyl schien die Kernkraftdiskussion an einem toten Punkt angelangt zu sein. Zwar war die Realisierung des wichtigsten Projekts, dem Kernkraftwerk Kaiseraugst, mit der Erteilung der definitiven Rahmenbewilligung durch das Parlament im März 1985¹⁵⁵ einen Schritt näher gerückt. Die NWA, das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen A-Werke, bereitete aber im Gegenzug bereits eine generelle Moratoriumsinitiative vor¹⁵⁶ - mit dem Ziel ebendieses konkrete Bauvorhaben dennoch zu verhindern. Die Diskussion war hochgradig polarisiert, Gegner und Befürworter standen sich unversöhnlich gegenüber, es herrschte eine Pattsituation; weder die Gegner noch die Befürworter der Kernkraftnutzung ihrer Problemkonstruktion Massnahmenwirksamkeit verschaffen konnten. ‚Tschernobyl‘ fiel in diese Situation gleichsam lotrecht ein, man möchte von einem unerwarteten Energiestoss sprechen. Wie wirkte sich dieser exogene Input auf die bereits bestehende Diskussion aus?

Die sozialpsychologischen und politischen Effekte von ‚Tschernobyl‘, der exemplarischen Grosstechnikkatastrophe, bieten sich als Untersuchungsgegenstand selbstverständlich an. Eine erhebliche Zahl von Studien befasst sich mit der Verarbeitung durch Presse (Kepplinger 1988), (Teichert 1987) (Friedman et al. 1987), (Meier 1996), (Brand et al. 1997), Politik bzw. Soziale Bewegungen (Opp et al. 1990), (Kriesi 1995) und Bevölkerung (Verplanken 1989), (Hennen & Peters 1990), (Hohenemser & Renn 1988), (Friedman et al. 1987; Teichert 1987) in verschiedenen Ländern, z. T. aus vergleichender Perspektive. Für die Schweiz gibt es dagegen nur wenig Literatur; einzig Kriesi op. cit. befasst sich mit einem Teilaspekt, der

¹⁵⁴ Für eine Darstellung des Unfalls und seiner unmittelbaren Folgen vgl. den Bericht der OECD (NEA Committee on Radiation Protection and Public Health 1995)

¹⁵⁵ NZZ vom 21.3.1985, Nr. 67.

Auslösung von sozialer Mobilisierung durch Tschernobyl in einer Vergleichsstudie, die auch noch mehrere andere mitteleuropäische Länder umfasst.

Die mediale und politische Verarbeitung von ‚Tschernobyl‘ und deren Einfluss auf die Konstruktion des Technikfolgenproblems der Kernkraftnutzung in der Schweiz ist dagegen noch nicht untersucht. Zwei Aspekte stehen dabei im Vordergrund. Zunächst musste unmittelbar auf den Unfall selbst reagiert werden: Wie verarbeiteten Medien und Politik ein plötzlich und unerwartet eintretendes nukleares Grossschadensereignis, dessen Ausmass wegen der Informationspolitik der Sowjetunion zunächst unbekannt war und dessen Auswirkungen für die Schweiz anfänglich schwer abzuschätzen waren? Unsicherheit und Risiko wurden angesichts einer inhärent unsichtbaren Bedrohung konkret erlebbar. In diesem Stadium spielten die Wissenschaft und Amtsstellen eine wichtige Rolle im Problemdefinitionsprozess.

Beinahe gleichzeitig mit der Verarbeitung der unmittelbaren Folgen des Unfalls setzte aber auch die Verwertung dieses exogenen Impulses durch die etablierten Akteure des Kernkraftdiskurses ein. Die langfristige Wirkung von ‚Tschernobyl‘ ergab sich letztlich aus seiner Rolle als – in der Begrifflichkeit der Rhetorik – ‚Beweisstück‘ (*exemplum*) in der Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen um die politische Umsetzung der Massnahmen im Kernkraftbereich, die aus ihrer bereits bestehenden bevorzugten Sichtweise des Problems hervorgingen. Die Diskussion über die Bedeutung des Unfalls für die schweizerische Kernenergiepolitik setzte selbstverständlich bereits unmittelbar nach dem Unfall ein und verlief damit parallel zur Diskussion über dessen unmittelbare Folgen, die nach einigen Monaten abebbte und nur im Zusammenhang mit den Jahrestagen des Unfalls jeweils für kurze Zeit wieder auflebte.

8.1 Die Kernkraftdiskussion in Medien und Politik von 1986-1990: ein Überblick

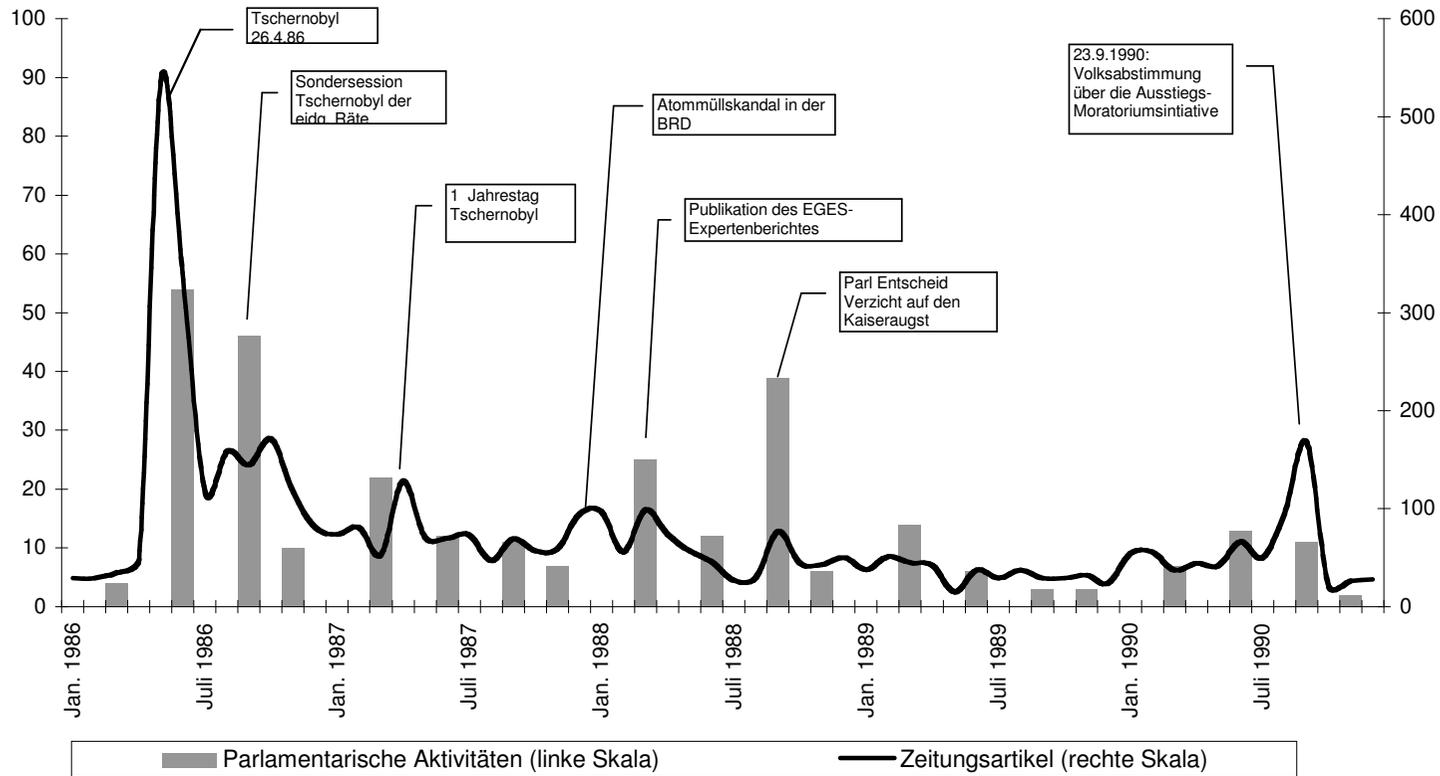
Abbildung 28 zeigt die zeitlichen Verläufe der Aktivitäten in den Medien und der Politik auf nationaler Ebene im Verlauf der Untersuchungsperiode. Als Indikator für die Aktivität des Mediensystems wurde die monatlich kumulierte Zahl der Artikel in den drei überregionalen Tageszeitungen der Deutschschweiz – NZZ, Tages-Anzeiger und Blick – zum Thema Kernkraft verwendet; Auf diesen Indikator bezieht sich die linke Skala im Abbildung 1. Das

¹⁵⁶ Tages-Anzeiger vom 16. 4. 1987, Nr. 87.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse – Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

politische System auf eidgenössischer Ebene wird repräsentiert durch das Total der parlamentarischen und bundesrätlichen Instrumente (Petitionen Motionen Anfragen etc. /bundesrätliche Vorlagen pro Parlamentssession (rechte Skala).

Abbildung 28 Die Kernkraftdiskussion nach Tschernobyl: Aktivitäten in Medien und nationaler Politik 1986-91



Quelle: Eigene Datensätze, Beschreibung im Text.

Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Die Darstellung zeigt zunächst eindrücklich die Flutwelle von Berichterstattung, die der Unfall von Tschernobyl auslöste: Allein im Mai 1986, dem Folgemonat des Unfalls, erschienen in den untersuchten Zeitschriften mehr als 420 redaktionelle Beiträge und mehr als 100 Leserbriefe; ein Total von 538 Beiträgen zur Kernenergie. Zum Vergleich: Im Monat nach dem Unfalls von Harrisburg am 28. 3. 1979 erreichte das Volumen der Berichterstattung etwa ein Drittel dieses Wertes (183). Noch eindrücklicher wird der Vergleich, wenn man das monatliche Durchschnittsvolumen im Vorjahr als Massstab nimmt, also die ausgelöste Zunahme betrachtet: 2 ½-fach bei Harrisburg (von 73 auf 183 Artikel) gegenüber gut 16-fach bei Tschernobyl (34 –538). Tschernobyl war demnach ein Medienereignis allerersten Ranges.

Ereignisse, die, denkt man sich den Unfall kontrafaktisch weg, wahrscheinlich nicht stattgefunden hätten - der sog. ‚Tschernobyl-Effekt‘ - prägten aber auch den Rest des Untersuchungszeitraums. Die Politik reagierte sofort: In der zweiten Jahreshälfte 1986 wurden mit der Moratoriumsinitiative “Stopp dem Atomkraftwerkbau” und der Ausstiegsinitiative zwei Initiativen lanciert, welche sich auf die Nutzung der Kernkraft bezogen. Das nationale Parlament beschäftigte sich 1986 gleich zweimal ausführlich mit Tschernobyl: In einer Debatte im Juni und dann noch einmal in der Tschernobyl-Sondersession im Oktober 1986, wobei die Presseberichterstattung darüber sich im gleichen Rahmen hielt, wie zur “Sondersession Waldsterben” im Februar 1985. Die Grenze von 100 Artikeln pro Monat wird danach nur noch zweimal überschritten: im April 1987, ausgelöst durch den ersten Jahrestag von Tschernobyl, und schliesslich ganz zu Ende der Periode, im Vorfeld der Abstimmung über die beiden 1987 zustande gekommenen Initiativen: durch die Standardprozeduren des politischen Systems verzögert, hallte der Donnerschlag von Tschernobyl hier noch einmal nach. Ob es sich dabei bloss um mediale und politische Oberflächenphänomene handelte, oder ob tatsächlich eine nachhaltige Veränderung der Diskurslandschaft stattfand, und wenn ja, wo diese zu lokalisieren wäre - diese Frage wird uns im folgenden noch beschäftigen.

8.2 Tschernobyl als Umweltproblem

Bedingt durch die Informationspolitik der Sowjetunion erfolgte die mediale Wahrnehmung des Reaktorunfalls im ukrainischen Tschernobyl am 26.4.1986 gleichsam in Zeitlupe. Die ersten Berichte – in Tages-Anzeiger und NZZ am 29. April, im Blick tags darauf – waren, basierend auf einer dünnen Meldung der Nachrichtenagentur TASS (“ohne genaue Angaben”), sehr knapp und vage gehalten und enthielten kaum mehr als die Mitteilung erhöhter Aus: Manuel Eisner, Nicole Graf, Peter Moser: Risikodiskurse - Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Seismo-Verlag, Zürich 2002

Radioaktivität in Skandinavien und eines schweren Reaktorunfalls im ukrainischen Tschernobyl. Auf der Frontseite plazierte, waren sie aber keineswegs auffällig. Die Einstufung des Ereignisses als Katastrophe war zu diesem Zeitpunkt noch als Mutmassung deklariert; die erste Überschrift, die den Begriff enthielt, erschien im Tages-Anzeiger am 30. April. (Atomkatastrophe), in der NZZ dagegen (der 1. Mai war ein Feiertag) erst am 2. Mai. Es dauerte also beinahe eine Woche, bis das Kaliber des Ereignisses auf der Rangordnung der Kalamitäten endgültig festgestellt und dessen Spitzenplatz auf der medialen Agenda gesichert war.

Bedingt durch die Witterungs- und Windverhältnisse breitete sich die radioaktive Wolke in den folgenden Tagen auch nach Westeuropa aus (NEA Committee on Radiation Protection and Public Health, 1995). Bereits am 30. April wurden auch in der Schweiz erhöhte Radioaktivitätswerte gemessen: Der Umgang mit dem Fallout von Tschernobyl wurde potentiell zu einem schweizerischen Problem.

Da das Vorhandensein von Radioaktivität in Mitteleuropa nicht unmittelbar wahrgenommen werden konnte, sondern nur über Messgeräte erfassbar war, hatten die staatlichen und wissenschaftlichen Messstellen an der Problemdefinition wesentlichen Anteil. Der Eidg. Kommission für AC-Schutz bzw. der Überwachungszentrale oblag es zu bewerten, ob Tschernobyl ein Problem für die schweizerische Bevölkerung sei. Sie besaßen zumindest theoretisch ein Monopolstellung bezüglich der Definition des ausschlaggebenden Parameters der öffentlichen und medialen Problemwahrnehmung: der Gesundheitsgefährdung, welche von der radio-aktiven Wolke ausging. Die Behörden beschränkten sich darauf Empfehlungen auszusprechen: Gemüse und Salat sei zu waschen; Schwangere und Kleinkinder sollten auf den Genuss von Frischmilchprodukten verzichten. Einzig auf den Konsum von Schafmilch sollte generell verzichtet werden.¹⁵⁷

Die schweizerische Öffentlichkeit war nun allerdings nicht nur mit den inländischen offiziellen Verlautbarungen konfrontiert, sondern auch mit jenen aus den Nachbarländern, die z.T. - wie etwa Frankreich - überhaupt keine Empfehlungen herausgaben oder aber sehr viel strengere, wie etwa Italien, Österreich oder die Bundesrepublik, die zeitweise sogar Verkaufsverbote für gewisse Lebensmittel aussprachen (Hennen&Peters, 1990). Es lagen so unterschiedliche Einschätzungen des Problemausmasses vor – dies vor allem, weil man sich auf unterschiedliche Messmethoden stützte. Die schweizerischen Stellen verwendeten ein Verfahren, das auf die mutmassliche kumulative Strahlenexposition abstellte, die sich aus

¹⁵⁷ NZZ vom 7.5.1986, Nr. 104.

dem Verzehr von Lebensmitteln ergeben hätte, während in den Nachbarstaaten z. t. einfache Grenzwerte für die Radioaktivität von Nahrungsmitteln galten¹⁵⁸. Hinzu kam, dass die Radioaktivitätswerte auch im nationalen Kontext stark streuten; wo der Fallout durch Niederschläge ausgewaschen wurde, wie etwa in Norditalien oder den schweizerischen Südtälern (z.B. dem Tessin) wurden vergleichsweise hohe Werte gemessen.

Das Resultat dieser widersprüchlichen Empfehlungen und Aussagen, war, wie nicht anders zu erwarten, generelle Konfusion. Die behördlichen Problemdefinitionsbemühungen wurden selbst zum Problem. Die Verunsicherung und Verwirrung der breiten Bevölkerung spiegelte sich in zahlreichen Aussagen der Teilnehmer einer "Tages-Anzeiger-Telefonaktion" vom 7. 5. 86.¹⁵⁹ Ihr Tenor war die Unsicherheit hinsichtlich angemessener Verhaltensweisen und ein Gefühl der Ohnmacht angesichts der unsichtbaren Bedrohung – möglicherweise verstärkt durch die Selbstausswahl des Samples, da für die Unbesorgten wohl weniger Anlass bestand, zum Hörer zu greifen. Oft schien aber auch eine pragmatische Resignation durch, für die folgende Aussage repräsentativ ist:

Eigentlich mache ich nur das, was ich immer mache. Den Kopfsalat vertragen wir schon lange nicht mehr, weil uns schlecht wurde davon. So sind wir von der Salatfrage gar nicht betroffen. Wir werden aber weiterhin Chicoree essen und Portionenmilch trinken. Wir haben ja schliesslich auch Abwehrstoffe in uns. Das wird schon nicht so tragisch sein. Ich glaube, das ist alles ein wenig Panikmacherei.¹⁶⁰

Der Fallout von Tschernobyl erscheint hier als gegenüber der ohnehin vorhandenen Gesundheitsgefährdung durch den Genuss gewisser Lebensmittel vernachlässigbare zusätzliche Gefährdung. Die ‚lange Welle‘ der Umweltthematik hatte Ihren Kulminationspunkt erreicht (Siehe Kapitel XXX in diesem Band). Man ist beinahe versucht zu sagen, dass der Grenzeffekt der zusätzlichen Katastrophe verschwindend klein geworden ist, Sie wird relativiert durch die generell katastrophalen Zeitläufte – man denke etwa an das Waldsterben.

Ein härterer Indikator für das Ausmass der Befürchtungen und die Wirkung der behördlichen Empfehlungen ist das Verhalten der Bevölkerung in den Lebensmittelläden. Zu Beginn scheint sich der Effekt in Grenzen gehalten zu haben. *"Tschernobyl schreckt den Konsumenten kaum - Milch und Frischgemüse finden weiterhin fast problemlos Absatz"*, meldete der Tages-Anzeiger in der ersten Maiwoche: *"Der Fall Günther Tschanun [Eine drei*

¹⁵⁸ NZZ vom 13.5.1986, Nr. 108.

¹⁵⁹ Tages-Anzeiger vom 9.5.1986, Nr. 105.

¹⁶⁰ Leserbrief Ruedisueli, Tages-Anzeiger vom 9. 5. 1986, Nr. 105.

Wochen vorher in Zürich vorgefallene blutige Mordtat mit mehreren Opfern] *habe die Kunden weitaus mehr berührt als die Tatsache, dass die Milch leicht radioaktiv sei*“, wurde den Reportern in einem zürcherischen Käsegeschäft beschieden.¹⁶¹ Besorgt seien vor allem Mütter gewesen, ein Befund, der durch demoskopische Untersuchungen in Deutschland bestätigt wird (Hennen&Peters, 1990).

Einige Tage später begannen sich die Warnungen dann allerdings doch im Kaufverhalten niederzuschlagen. Im Zusammenhang mit Tschernobyl sei Milchpulver in den Läden Mangelware geworden. Nestlé verkaufte eine schweizerische Jahreslagerhaltung binnen einer Woche.¹⁶² Die Verkäufe an Frischmilch gingen zurück: regional allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmass. In Genf um 30 Prozent, im Wallis um 28 bis 34 Prozent, in Zürich um 20 Prozent, der nordostschweizerische Milchverband (Miba) meldete dagegen bloss einen Rückgang von 9 Prozent.¹⁶³

Bedeutender waren die Verluste bei den Gemüsebauern. Sie beklagten Einbussen bei den Verkäufen inländischen Frischgemüses von 50 % im Tessin bis zu 70 % in Zürich¹⁶⁴ und bezifferten den entstandenen Schaden auf rund 7 Mio. Franken.¹⁶⁵ Sie beschlossen, Schadenersatz bei der Eidgenossenschaft zu verlangen, mit der Begründung, für die Verluste seien *“nicht die Strahlen verantwortlich, sondern die Verunsicherung der Bevölkerung durch die unklare Information seitens der Bundesbehörden”*.¹⁶⁶ Das gerichtliche Nachspiel der Durchsetzung dieser Forderung - die 1987 auf 3 Mio. Fr. zurückgenommen wurde¹⁶⁷ - dauerte bis 1990: Am Ende kam das Bundesgericht zum Schluss, dass die Klage berechtigt war.¹⁶⁸ Den Produzenten gelang es so, die bundesrätliche Informationspolitik im Nachgang der Katastrophe und die dadurch gestiftete Verwirrung in ein justiziables Problem zu verwandeln – und sie waren damit am Ende finanziell erfolgreich.

Mediale Konstruktionen des Unfallereignisses

Reisserische Katastrophenrhetorik fehlt bei der Darstellung des Unfalls beinahe vollständig – ein Befund, der im übrigen auch für die Medien anderer Länder zu gelten scheint (Meier

¹⁶¹ Tages-Anzeiger vom 6.5, Nr. 103.

¹⁶² NZZ vom 13.5.1986, Nr. 108.

¹⁶³ NZZ vom 13. und 14.5.1986, Nr. 108/109. Vgl. auch die Übersicht über die Veränderung des Konsumverhaltens nach Tschernobyl in der NZZ vom 27.8. 1986, Nr. 197.

¹⁶⁴ NZZ vom 16.5.1986, Nr 111.

¹⁶⁵ NZZ vom 5.6.1986, Nr. 127.

¹⁶⁶ NZZ vom 5.6.1986, Nr. 127.

¹⁶⁷ NZZ vom 18.5.1987, Nr. 113.

¹⁶⁸ NZZ vom 22. 6. 90 Nr. 142, wo auch die juristischen Fragen eingehend behandelt werden.

1996). Der Grund für diese Zurückhaltung war wohl primär, dass Tschernobyl unter formal-medialen Gesichtspunkten wenig ergiebig war. Er fand in weiter Ferne statt, die verfügbaren Informationen waren spärlich und kontrolliert, eine (Bild- oder Fernseh-)Berichterstattung durch westliche Journalisten vor Ort war nicht möglich, man war weitgehend auf Mutmassungen angewiesen. Aufschlussreich ist hier der Vergleich mit dem anderen grossen Unfallereignis im selben Jahr: dem Brand im Chemielager Schweizerhalle bei Basel am 1. 11. 1986. Im Bezug auf die erwähnten Parameter handelte es sich dabei geradezu um ein spiegelbildlich angelegtes Ereignis: In nächster Nähe stattfindend, hatte der Unfall unmittelbar Konsequenzen für die dichtbesiedelte Region Basel; vor allem aber konnten die Journalisten selbst ein Bild machen – Umstände die eine sensationalistische, auf das konkrete Ereignis bezogene Berichterstattung in hohem Masse begünstigten, wie die Fallstudie von Schanne (1996) zeigt.

Im Gegensatz dazu – und notgedrungen - standen bei Tschernobyl, weil das Ereignis als solches in journalistischer Hinsicht unergiebig war, allgemeine abstrakte Aspekte der Kernkraftproblematik im Vordergrund. Die Kernkraftdiskussion war nach 15 Jahren Dauer in hohem Masse polarisiert. Die unterschiedlichen Rahmungen der NZZ, welche die Nutzung der Kernkraft seit jeher befürwortet hatte und des Tages-Anzeigers der gemässigt skeptisch eingestellt war, determinierten die Deutung und Wertung des Unfalls von Tschernobyl im Mai 1986. Die Haltungen der beiden grossen Leitmedien der Deutschschweiz hatten repräsentativen Charakter. Sie fanden sich mit Nuancen auch in den damals erschienenen Leserbriefen.

Für die NZZ¹⁶⁹ war das Ereignis in ihrem ersten Leitartikel zunächst primär ein Nuklearunfall, der für *“die Sowjetunion, bisher stolze Pioniernation der Kernkraft, einen eklatanten Gesichtsverlust”* bedeutete. *“Der grosszügige Ausbau der Kernkraft in der Sowjetunion, durchgeführt nach rein planwirtschaftlichen Gesichtspunkten und ohne Rücksicht auf für das sowjetische System so exotische Dinge wie Volksmeinung und ökologische Bedenken, ist stark auf Kosten der Sicherheit gegangen”*. Die tiefere Ursache des Unfalls ist letztlich das Versagen des kommunistischen Systems im Umgang mit Grosstechnologien, seine Tragweite auch eine Folge der verfehlten Informationspolitik Gorbatschews. Das Problem wurde in der NZZ also zunächst in den Kontext des Systemgegensatzes zwischen Ost und West gesetzt.

¹⁶⁹ NZZ-Leitartikel vom 3./4. Mai, Nr. 101.

Für die Leitartiklerin des Tages-Anzeigers¹⁷⁰ griff diese Sicht der Dinge hingegen zu kurz. Mit *“Attacken zum Beispiel gegen die sowjetische Informationspolitik und die Sicherheitsphilosophie, gegen das sowjetische Regime im allgemeinen”* verschanze man sich hinter Sündenböcken. Unter dem Hinweis auf Unfälle ausserhalb des Ostblocks (Seveso, Harrisburg, Bhopal) wird die Problematik vielmehr in den Risiken nicht der sowjetischen, sondern der Grosstechnologie überhaupt geortet – unabhängig von deren Standort. Angesichts dieses Umstandes gelte es *“hellhöriger und weitsichtiger zu werden”*, ein Klima zu schaffen, in dem auch kreatives Nachdenken wieder möglich sei. *“In einem solchen Klima müssten auch mögliche negative, ja verheerende Auswirkungen – selbst wenn sie für äusserst unwahrscheinlich gehalten werden - offen und im Detail diskutiert werden”*. Dieser Forderung kam der Tages-Anzeiger mit einer detailreichen fiktiven Reportage unter der Überschrift *“Wie wär’s, wenn es in Gösgen losginge?”* noch im Mai nach.¹⁷¹ Zu den ersten Todesopfern der Katastrophe gehörte pittoreskerweise eine Gruppe von Jugendlichen, die ihre Zelte, nichts ahnend, in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks aufgeschlagen hatten und das Alarmsirenengeheul als einen der üblichen – jedem Schweizer bekannten - Sirenentests interpretierten.

Auch für die NZZ¹⁷² *“steht heute schon fest, dass die Diskussion um die Kernenergie wieder in eine neue Phase tritt”*. Dies allerdings nicht als Desiderat, sondern als eher bedauernswertes Faktum: *“Wo sich Menschen, wie es in diesen Tagen geschieht, in ihren Lebensgewohnheiten verunsichert fühlen, schwindet die Empfänglichkeit für rationale Beschwichtigungsargumente”* [Hervorhebung im Original]. Mangels brauchbarer Alternativen könne auf die Nutzung der Kernkraft aber nicht verzichtet werden: Das *“Fanal von Tschernobyl”* solle deshalb vor allem als Aufforderung verstanden werden, *“einen neuen und dezidiertesten Anlauf zum Sparen von Energie in allen ihren Formen zu unternehmen”*. *“Mit dem Slogan ‚Tschernobyl ist überall‘ die Stilllegung der schweizerischen Kernkraftwerke zu fordern erscheint ebenso abwegig, wie wenn man unter dem Eindruck der Giftgaskatastrophe im indischen Bhopal die Schliessung der chemischen Fabriken in Basel verlangt hätte”*.

Worin unterschieden sich nun, auf den Punkt gebracht, die beiden alternativen Konstruktionen der Bedeutung und Tragweite der Katastrophe? Der für die Argumentation ausschlaggebende Unterschied lag letztlich in der Bezugsmenge, für die *“Tschernobyl”* repräsentativ steht: Für den Tages-Anzeiger waren dies *“Kernkraftwerke gleich welcher*

¹⁷⁰ Tages-Anzeiger 26. 5. 1986 . Nr. 118.

¹⁷¹ Tages-Anzeiger vom 17. 5. 1986, Nr. 112 und 24.5.1986. Nr. 119.

Bauart und wo auch immer”, während es für die NZZ nur “Kernkraftwerke in der Sowjetunion respektive dort wo keine westlichen Sicherheitsstandards gelten, bzw. ein bestimmter Reaktortyp betrieben wird” waren. Aus dieser Prämisse liessen sich die Folgerungen für die Diskussion in der Schweiz ableiten: Für die NZZ ist der Einbruch in der Akzeptanz der Kernkraft eine Überreaktion, die als ungerechtfertigt bedauert wird, für den Tages-Anzeiger ist diese Entwicklung im Gegenteil Ausdruck interessenfreier Rationalität - und damit zu begrüßen.

Mochte man sich auch über die Berechtigung der Besorgnis uneinig sein: Beiden Problemkonstruktionen gemeinsam war die Erwartung, dass die Katastrophe einen Meinungswandel in der Bevölkerung auslösen würde, dass das noch wenige Wochen vorher als günstig eingeschätzte politische Klima für die Kernkraft sich verschlechtern würde. Bereits im unmittelbaren Nachgang des Ereignisses traten so die direkten Auswirkungen der Katastrophe in den Hintergrund; von Interesse war vor allem ihr Effekt auf das innenpolitische Meinungsklima.

8.3 Tschernobyl und die schweizerische Kernkraftpolitik.

Die skizzierten Deutungsalternativen prägten auch die Diskussion der Politiker über die Kernkraftnutzung in der Schweiz nach dem Unfall. Bereits am 2. 5, also bloss drei Tage nach dem Bekanntwerden des Unfalls im Westeuropa begannen die Akteure des politischen Systems sich des Ereignisses zu bemächtigen und aktiv zu werden: Die junge CVP sprach sich gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke in der Schweiz aus.¹⁷³ Einige Tage später fordern die Juso's (Jungsozialisten) die Stilllegung von Atomkraftwerken und die Grüne Partei den Ausstieg aus der Kernenergie.¹⁷⁴ Im Mai und Juni wurden von Fraktionen, einzelnen Parlamentariern und Kommissionen nicht weniger als zwanzig dringliche Interpellationen deponiert. Bereits Mitte Juni (vom 16-18. 6. 86) wurden sie in einer Tschernobyl-Debatte in den eidgenössischen Räten diskutiert.

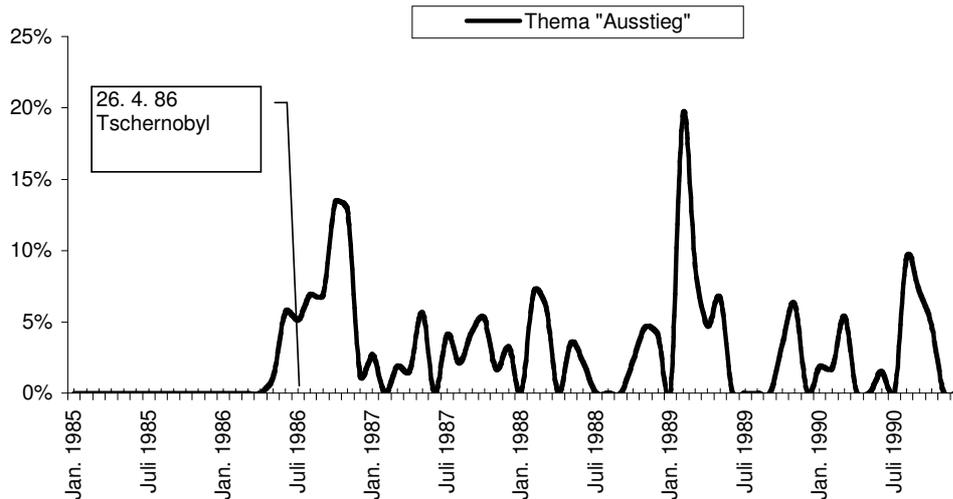
Angesicht dieser Vielzahl von Aktivitäten stellt sich die Frage: worin bestand der Tschernobyl-Effekt? D. h. welche Veränderungen löste er in der politischen Diskussionslandschaft aus? Welche Akteure waren von ihm betroffen, wessen Konstruktion veränderte sich unter dem Einfluss des Ereignisses? Und wie wirkte sich dies auf das Handeln der massgebenden Akteure aus?

¹⁷² NZZ vom 9.5.1986, Nr. 105

¹⁷³ NZZ vom 3.05.1986, Nr. 101.

Auffällig ist zunächst einmal, dass Tschernobyl schlagartig den Gebrauch des Begriffs ‘Ausstieg’ im Zusammenhang mit der Kernenergie ins Gespräch brachte. Dies fiel auch dem NZZ-Kommentator der nationalrätlichen Tschernobyl-Debatte auf.¹⁷⁵ Sehr eindrücklich geht dies aus einer Analyse der Überschriften in unserer Zeitungsdatenbank hervor: Der Begriff kommt von 1972 bis Mai 1986 nicht vor, danach wird er beinahe sofort zur kuranten Münze wie **Abbildung 29** zeigt:

Abbildung 29 Tschernobyl und der ‘Ausstieg’ in den Medien



Quelle: eigener Datensatz, Monatlicher Prozentanteil der Artikel in NZZ, BLICK und Tages-Anzeiger zur Kernkraftthematik, deren Titelüberschriften die Zeichenketten ‚ausstieg‘ enthalten. .

Ähnliche Ausdrücke, wie Moratorium oder Verzicht, kommen in den Überschriften wenn auch selten schon vor Tschernobyl vor, sie werden auch danach nicht signifikant häufiger verwendet. Sie bezeichnen eine eher passive und - im Falle des Verzichts - negativ konnotierte Verhaltensweise. Der Ausstieg dagegen suggeriert ein aktives Handeln, das nicht zum vorneherein einen Verlust impliziert. Tschernobyl hätte so dem semantischen Feld - und damit auch dem Fächer der Handlungsoptionen - eine neue Dimension hinzugefügt: Zur Debatte stand nun nicht mehr nur der Verzicht auf einzelne Kernkraftwerke, sondern auch der Ausstieg aus der Kernenergie überhaupt - und diese Option konnte auch durchaus positiv bewertet werden.

¹⁷⁴ NZZ. 6.05.1986, Nr. 103.

¹⁷⁵ NZZ vom 21./22.6 Nr. 141.

Diese globale, qualitative Veränderung der Diskussion, “*die Erschütterung des Meinungsklimas*”,¹⁷⁶ die sich im Gebrauch des Schlagwortes “Ausstieg” manifestierte, war das eine; in politischer Hinsicht letztlich wichtiger waren die Veränderungen, die ein derartiges Ereignis in den polar entgegengesetzten, dadurch aber auch stark aufeinander bezogenen Problemkonstruktionen der politischen Kontrahenten auslöste – und welchen Einfluss dies auf die Durchsetzungsfähigkeit ihres *claims* in der politischen Arena hatte.

Die Kernkraftgegner wurden durch Tschernobyl in ihrer Haltung bestärkt: Der Unfall hatte ihnen, rhetorisch gesprochen, ein starkes Exempel zur argumentativen Stützung ihrer Haltung geliefert. Der Angriffspunkt war dabei die traditionell von den Befürwortern vorgebrachte extreme Unwahrscheinlichkeit eines schwerwiegenden Unfalls. In der nationalrätlichen Debatte meinte, stellvertretend für viele Helmut Hubacher (SP, Basel-Stadt): “*Mit Tschernobyl ist nun die statistische Unwahrscheinlichkeit und die faktische Unmöglichkeit eingetreten*” und Zwygart (Unabhängig, Bern): “*Leider schleckt es keine Geiss weg: Das scheinbar rein theoretische Restrisiko ist zur traurigen Tatsache geworden*”¹⁷⁷ – und drückten damit einen Gedanken aus, der in den meisten Voten der Kernkraftgegnerseite zum Ausdruck kam.

Ihre rhetorische Strategie der Ereignisverwertung war das sog. *Patterning*, d.h. der Versuch das Einzelereignis in einen grösseren Zusammenhang einzureihen: Sie versuchten plausibel zu machen, dass zwischen einem KKW in der UdSSR und einem in der Schweiz, was das Risiko eines Unfalles angeht, kein grundsätzlicher, sondern allenfalls ein gradueller Unterschied bestehe. Es ist genau diese rhetorische Strategie, welche der damals verbreitete Slogan “Tschernobyl ist überall” prägnant auf den Punkt brachte.

Zur Problemkonstruktion der Akteure gehörte auch die Einschätzung der Akzeptanz seines *claims* bei jenen, die über die Entscheidungsbefugnis für politische Weichenstellungen verfügen, in der Schweiz also der Stimmberechtigten. Symptomatisch für Verbesserung der Chancen der Durchsetzung der eigenen Vorstellungen war die Lancierung der Ausstiegsinitiative durch die SP anfangs Oktober,¹⁷⁸

Genau spiegelbildlich verhielten sich die Befürworter der Kernenergie. Um ihre Problemkonstruktion gegen die neue Information zu immunisieren und Tschernobyl zu entschärfen, mussten sie versuchen, dessen Generalisierbarkeit zu verneinen. Diese *decoupling*, bzw. Antipatterningstrategie verfolgte etwa Nationalrat Blocher (SVP Zürich) in

¹⁷⁶ NZZ vom 21./22.6 Nr. 141.

¹⁷⁷ Amtliches Bulletin Nationalrat 1986, S. 801, bzw. 842.

der Debatte: *“Nachdem ich während Stunden diese Diskussion verfolgt habe, habe ich den Eindruck bekommen man wisse eigentlich nicht mehr, wo der Unfall passiert ist. Nur zur Klärung: Er ist in der UdSSR passiert und nicht bei uns.”*¹⁷⁹ Das Ziel dieser Gegenrhetorik war es, den Effekt des Ereignisses bereits auf der Ebene der Relevanz für die Diskussion in der Schweiz abzufangen. Aber auch Bruno Hunziker (FDP, Aargau) verwendete in einem NZZ-Artikel erheblichen argumentativen Aufwand auf die Entkoppelung¹⁸⁰:

Der von Kernenergiegegnern in Umlauf gesetzte Slogan «Tschernobyl ist überall» ist demagogisch. Es gibt zwar auch in einzelnen westlichen Ländern Magnox-Reaktoren (Graphit/ CO₂-Kühlung). Diese zu Beginn der Kernkraftära gebauten Blöcke werden aus Sicherheitsgründen mit reduzierter Leistung und herabgesetzten Temperaturen betrieben. Sie sollten meines Erachtens ausser Betrieb gesetzt werden, denn sie sind auch nicht mit Containments ausgerüstet. Bei den meisten westlichen Reaktoren sieht die Lage wesentlich anders aus. Bei ihnen sind mehrere unabhängig voneinander wirkende Sicherheitssysteme vorhanden, und Bauteile, Systemauslegung und Ausführung weisen ein höheres Qualitätsniveau auf. Besonders wichtig ist das Containment, das bei den Reaktoren in der Schweiz sogar in doppelter Ausführung verlangt wird. Sicherheitsvorrichtungen, wie sie bei uns vorgeschrieben sind, lassen auch bei einem schweren Störfall genügend Zeit, um wirkungsvoll zu reagieren. Der bisher gravierendste Reaktorunfall im Westen, der sich 1979 in Harrisburg (USA) ereignete, hat das trotz ungeschicktem Verhalten der dort verantwortlichen Sicherheitsequipe bewiesen. Darum ist der Slogan «Tschernobyl ist überall» unhaltbar.

Eine weitere, oft damit verknüpfte Strategie bestand darin, die Reaktion auf der Handlungsebene als übertrieben, emotional und unvernünftig zu bezeichnen, wie etwa Nationalrat Allensbach (FDP, Zürich) dies tat: *“Dieser Reaktorunfall darf uns nicht veranlassen, emotional zu handeln, Massnahmen zu beschliessen, ohne zu überlegen”*. Oder Bonny (FDP, Bern) *“Nicht überstürztes Handeln sondern nüchternes, verantwortungsbewusstes realistisches Abwägen aller Fakten wird uns in der Energiepolitik weiterbringen”*.¹⁸¹ Eine realistische Sicht der Dinge beinhaltete dabei für die meisten Befürworter, dass die Sachzwänge der modernen Industriegesellschaft in die Entscheidung einbezogen werden mussten:

“Bundesrat Schlumpf hat in der Debatte vom ‚verantwortbaren Risiko‘ gesprochen. Das ist genau der Begriff, mit dem wir leben müssen. Eine absolute Sicherheit gibt es in unserer hochtechnisierten Welt

¹⁷⁸ NZZ vom 3.6.1986, Nr. 125

¹⁷⁹ Amtliches Bulletin Nationalrat 1986, S. 848.

¹⁸⁰ NZZ vom 6. 6. 1986, Nr. 128.

¹⁸¹ Amtliches Bulletin Nationalrat 1986, S. 850, 843.

nicht. Es ist überhaupt das Schicksal der hochtechnisierten Welt, das sie gleichzeitig sicherer und unsicherer wird" (*Nationalrat Keller CVP, Aargau*)¹⁸²

“Man könnte nun tatsächlich sich alles viel einfacher machen, nämlich mit der Erfüllung der erhobenen Forderungen nach Abschaltung der Atomkraftwerke bis spätestens im Jahre 2000. Aber erstens können wir dies nicht weltweit durchsetzen und wären daher der Strahlungsgefahr ohnehin nach wie vor ausgesetzt. Und zweitens glaubt doch wohl niemand im Ernst daran, dass wir 40 Prozent des gegenwärtigen Energieverbrauchs an elektrischer Energie einfach leichtfertig verpuffen. Einsparen in Ehren [...] aber das Sparen von zwei Fünfteln unseres gegenwärtigen Bedarfs müsste unzweifelhaft einschneidende Auswirkungen haben auf Industrie und öffentlichen Verkehr und mithin auf die Arbeitsplätze.” (*Nationalrat Rüttimann, CVP Aargau*)¹⁸³

Das mobilisierte Arsenal der verwendeten Gegenrhetoriken weist darauf hin, dass sich die Vertreter der Befürworterseite in der Defensive befanden. Zunächst einmal ganz einfach deshalb, weil es zu den ungeschriebenen Spielregeln moderner politischer Systeme gehört, dass ein dramatisches Ereignis wie dieses mit einer Reaktion, mit einer “aktiven” Gegenhandlung beantwortet werden sollte.

Das *exemplum* Tschernobyl entwertete zudem eines ihrer Kernargumente, dasjenige der extremen Unwahrscheinlichkeit eines Unfalls, wie auch die NZZ feststellte.

“Die Risikoberechnung, die das mögliche Schadenereignis mit der Wahrscheinlichkeit seines Eintretens multipliziert, hat zwar ihren Sinn durchaus nicht verloren, aber sie ist in der Kontroverse um die Kernenergie zu einem stumpfen Argument geworden. Der schwere Störfall mit massivem Austritt von Radioaktivität lässt sich nicht mehr mit dem Hinweis ausklammern, er sei so unwahrscheinlich, dass er eigentlich nur hypothetischen Charakter habe.”¹⁸⁴

Die traditionell befürwortenden Parteien waren verunsichert.¹⁸⁵ Dies zeigt sich auch, wenn man die Voten in der Tschernobyl-Diskussion des Nationalrates (soweit sie sich nicht ausschliesslich auf die Bewältigung des Fallouts in der Schweiz bezogen) auf Ihre Kernaussagen hin analysiert. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die Fraktionen.

¹⁸² Amtliches Bulletin Nationalrat 1986 S. 852.

¹⁸³ Amtliches Bulletin Nationalrat 1986, S. 840.

¹⁸⁴ NZZ vom 07.06.1986, Nr. 129.

¹⁸⁵ NZZ vom 21/22.6, Nr. 141.

Tabelle 8 *Haltungen der Redner in der Tschernobyl-Debatte des Nationalrates vom 16.-18. Juni 1986*

Fraktion:	Ausbau	Besinnungs- Pause	Moratorium	Ausstieg	Total
Poch				3	3
SP		1		13	14
Ldu			1	3	4
Unabhängig			1	1	2
CVP	7	4	1	2	14
FdP	9	8		1	18
SVP	5		1		6
Total	21	13	4	23	61

Quelle: Amtliches Bulletin Nationalrat, eigene Auszählung.

Während die Linksparteien erwartbar geschlossen für einen Ausstieg plädierten, sind bei der FDP und der CVP (kaum dagegen der SVP), die Anteile derer, die zumindest eine Besinnungspause in Kernkraftangelegenheiten befürworteten, relativ gross: Einige, wie etwa Judith Stamm (CVP, Luzern), plädierten unter dem Eindruck von Tschernobyl sogar für einen radikalen Gesinnungswandel.

Vielleicht am wichtigsten war aber, dass die Befürworter das Meinungsklima bezüglich der Kernkraft in der Stimmbevölkerung pessimistisch beurteilten. Noch am 19./20. 4. 86 schrieb die NZZ in ihrem Inlandleitartikel: *“Nicht mehr ob, sondern wie die Realisierung des Projekts Kaiseraugst über die Bühne gehen wird – dies ist eine der beiden Hauptfragen, die in den nächsten paar Jahren im Brennpunkt der energiepolitischen Diskussion stehen dürften”*.¹⁸⁶

Wenige Tage später ereignete sich der Unfall, die beiden Initiativen wurden lanciert. Die nationalrätlichen Redeschlachten im Juni und Oktober zeitigten zwar wenig konkrete Resultate.¹⁸⁷ Die erste politisch bedeutsame Weichenstellung erfolgte erst im November 86, als der Berner Grosse Rat (die kantonale Legislative) die Regierung mit einer Motion zum planmässigen Ausstieg aus der Kernenergie und den Verzicht auf das geplante KKW Graben verpflichtete.¹⁸⁸ Der Kanton Bern war Hauptaktionär der prospektiven Betreiber-gesellschaft des geplanten Kernkraftwerkes und zudem Standortkanton: Damit war der einzige verbliebene Alternativstandort zu Kaiseraugst, mit dem die Elektrizitätswirtschaft lange geliebäugelt hatte, weil er als politisch unproblematischer galt,¹⁸⁹ ebenfalls blockiert.

¹⁸⁶ NZZ vom 19./ 20. 4. 1986, Nr. 90.

¹⁸⁷ NZZ vom 18./ 19. 10. 1986, Nr. 242.

¹⁸⁸ NZZ vom 19. 11. 1986, Nr. 269.

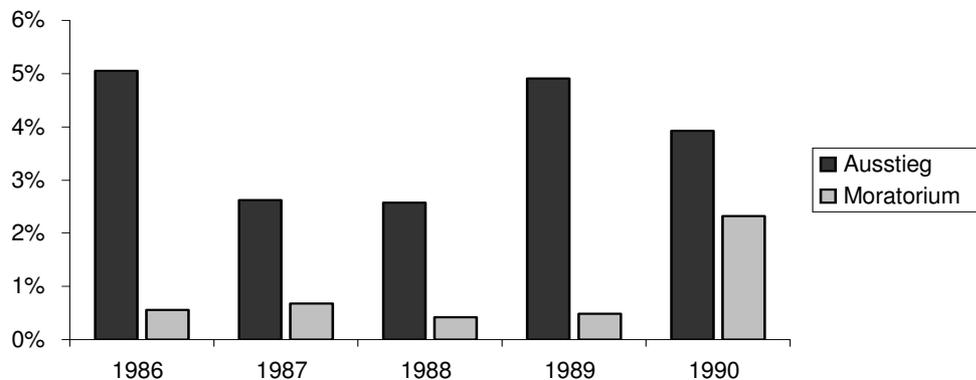
¹⁸⁹ NZZ vom 20.11.1986, Nr. 270.

Im Februar 1987 schrieben die beiden FDP-Nationalräte Villiger (der nachmalige Bundesrat) und Steinegger in der NZZ, um Ihren Vorschlag eines fakultativen Referendums für Konzessionserteilungen an Kernkraftwerkbetreiber zu begründen: *“Es ist nun aber nicht zu verkennen, dass das Unglück von Tschernobyl das politische Klima gegenüber der Kernenergie verändert hat”*¹⁹⁰ - eine Einschätzung welche die NZZ in Ihrem Kommentar zum ersten Jahrestag teilte: *“Heute, ein Jahr nach dem fatalen Ereignis, steht fest, dass sich für die Kernenergie das Klima nachhaltig verschlechtert hat”*.¹⁹¹

Die Diskussion über die Szenarien des Ausstiegs

Der Jahrestag von Tschernobyl, ein rein kalendarisch begründeter, gleichsam artifizieller medialer *event*, der in der Verlaufsübersicht in Abbildung 1 als Ausschlag deutlich zu erkennen ist, wurde von den Initianten des Moratoriumsinitiative, die bereits im Januar 1987, nach bloss vier Monaten Sammelfrist 130'000 Unterschriften gesammelt hatten,¹⁹² zum Anlass genommen, ihr Volksbegehren offiziell einzureichen.¹⁹³ Abbildung 30 zeigt allerdings, dass das Moratorium in der Kernenergie Diskussion gegenüber dem Ausstieg eine untergeordnete Rolle spielte.

Abbildung 30 Gewichtung von Ausstieg und Moratorium in NZZ, Tages-Anzeiger und Blick 1986-90



Quelle: Eigener Datensatz; Jährliche Prozentanteile der Titelüberschriften in Tages-Anzeiger, NZZ und Blick, welche die Zeichenketten 'ausstieg' bzw. 'moratorium' enthalten, am Total der zum Thema Kernenergie erschienenen Artikel.

¹⁹⁰ NZZ vom 26. 2. 1987, Nr. 47.

¹⁹¹ NZZ vom 25/26. 4. 87, Nr. 95.

¹⁹² NZZ vom 19.1.1987, Nr. 14.

¹⁹³ Tages-Anzeiger vom 24.4.1987. Nr. 94.

Der Grund dafür, dass über das Moratorium, abgesehen vom Vorfeld der Abstimmung 1990, kaum diskutiert wurde, ist wahrscheinlich einfach der, dass es faktisch bereits bestand, nachdem auch Graben endgültig verunmöglicht war.

Die endgültige politische Anerkennung dieser Faktizität durch die grundsätzlichen Befürworter - wie es die NZZ in ihren Kommentar sinngemäss nannte, das Begraben eines seit Tschernobyl so gut wie Toten¹⁹⁴ - erfolgte im März 88 als Parlamentarier aus den drei kernkraftbefürwortenden Bundesratsparteien, CVP, FDP und SVP, in National- und Ständerat Motionen einreichten, welche die Nichtrealisierung von Kaiseraugst forderten, bzw. den Abschluss einer Vereinbarung mit der prospektiven Betreibergesellschaft Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, der gemäss diese auf den Bau verzichten solle – gegen eine angemessene Entschädigung für die aufgelaufenen Kosten.¹⁹⁵

Mit der Wahl der Option einer derartigen Motion versuchten die bürgerlichen Parlamentarier gleich mehrere Fliegen auf einen Streich zu schlagen. Einerseits konnte die Betreibergesellschaft und damit die Elektrizitätswirtschaft ihr Gesicht wahren: Von ihr wurde keine grundsätzliche Absage an die Option Kernenergie verlangt. Zudem hätte ein Verzicht der Betreiber aus eigenen Stücken eine staatliche Entschädigungspflicht zumindest sehr fragwürdig erscheinen lassen. Indem die Eidgenossenschaft gleichsam als Bittsteller auftrat, konnte auch diese Klippe, an der 1981 bereits einmal Verzichtsverhandlungen gescheitert waren, umschiffet werden: Immerhin waren im Verlauf des 20-jährigen Planungsprozesses Kosten im Ausmass von etwas mehr als einer Milliarde aufgelaufen.¹⁹⁶ Ein Vorschlag von bürgerlicher Seite war im Parlament überdies mehrheitsfähig – auch wenn natürlich mancher grundsätzliche Kernenergiebefürworter *contre coeur* zustimmte: Immerhin brachte die Kehrtwendung auch einen gewissen Begründungsnotstand mit sich – hatte man sich hier nicht dem Druck der Strasse gebeugt? -, dem man etwa mit dem Hinweis auf eine Entkrampfung der Diskussion, auf die Unmöglichkeit der Durchsetzung einer Baubewilligung begegnete.¹⁹⁷ Die NZZ hoffte insgeheim – und etwas machiavellistisch - sogar: “...[es] kann, wer einen Stein des Anstosses aus dem Weg räumt, stets auch mit der Chance einer Wende zu seinen Gunsten rechnen”.¹⁹⁸

¹⁹⁴ NZZ vom 3. 3. 1988, Nr. 52.

¹⁹⁵ NZZ vom 17. 3. 1988, Nr. 64.

¹⁹⁶ NZZ vom 3. 3. 1988 Nr. 52.

¹⁹⁷ Siehe dazu die Parlamentariermeinungen in den NZZ-Artikeln vom 8.4.1988, Nr. 81, und 14. 4. 1988, Nr. 86.

¹⁹⁸ NZZ vom 3. 3. 1988 Nr. 52.

Als der Nationalrat im September 88 (28.9.88) die Verzichtsmotion mit grosszügiger Mehrheit (161 gegen 17, 14 Enthaltungen) als Postulat an den Bundesrat überwies,¹⁹⁹ wurde einem bereits 20-jährigen ‚Schrecken ohne Ende‘ ein ‚Ende mit – allerdings erheblich versüsstem – Schrecken‘ gesetzt.²⁰⁰ Die Betreibergesellschaft wurde mit 350 Mio. Fr. entschädigt. Kaiseraugst war vom Tisch, und damit ein faktisches Moratorium wirksam.

Welche Bedeutung hatte der Verzicht auf Kaiseraugst – dessen Realisierung bereits im Frühjahr 88 feststand – für die Dynamik und die Optionen der Diskussion? Welche Konsequenzen hatte er für den Fächer der vorhandenen argumentativen Möglichkeiten in den beiden Lagern? Eine wesentliche Folge war zweifellos, dass das Moratorium als Diskussionsgegenstand bis vor der Volksabstimmung weitgehend hinfällig wurde. Was nicht mehr strittig ist, lohnt auch keinen Überzeugungsaufwand mehr; die Debatte über das andere wesentliche Szenario, den Ausstieg wurde dominant. Der Verzicht auf den Bau von Kaiseraugst hatte aber, vor allem für die Gegenseite noch subtilere Auswirkungen. Die Diskussion über die Kernkraft wurde dadurch entmaterialisiert. Ein konkretes Bauvorhaben, „*der Stolperstein Kaiseraugst*“²⁰¹ war nun nicht mehr vorhanden, und damit auch kein physisch vorhandener, symbolisch aufgeladener Ort, an dem man sich im Protest versammeln, einen medial attraktiven *event* inszenieren konnte. Es kommt wohl nicht von ungefähr, dass die politischen Aktivierungsereignisse, welche der Gegnerschaft zur Nutzung der Kernkraft entsprangen, nach 1988 deutlich abnahmen.

Die EGES-Szenarien - Wissenschaft und Prognose im Umfeld kontroverser Problemkonstruktionen

Die Diskussion verwandelte sich so in eine abstrakte Debatte um Szenarien des Ausstiegs und Prognosen seiner mutmasslichen Auswirkungen. Die Erstellung derartiger Entscheidungshilfen, Konstruktionen der Zukunft, pflegt von der Politik an Akteure aus dem Wissenschaftssystem delegiert zu werden. Dies wurde auch im vorliegenden Fall versucht.

Als Reaktion auf die Tschernobyl-Debatten im Juni und Oktober 86 berief das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) bzw. dessen Vorsteher, Bundesrat Leon Schlumpf, eine 11-köpfige „Expertengruppe Energieszenarien“ (EGES). Sie erhielt Ende Oktober 1986 den Auftrag, binnen eines Jahres einen Bericht zu erarbeiten „über die

¹⁹⁹ NZZ vom 29.09.1988, Nr. 227.

²⁰⁰ Der Ständerat sanktionierte die Vereinbarung am 8. 12. 1988 sogar ohne Gegenstimme. NZZ vom 9. 12. 88, Nr. 288.

²⁰¹ Ständerat Schönenberger (CVP, St. Gallen) in der NZZ vom 8. 4. 1988, Nr. 81.

Voraussetzungen, Möglichkeiten und Konsequenzen eines Ausstiegs der Schweiz aus der Kernenergie” (Energieforum Schweiz & Schweiz Expertengruppe Energieszenarien 1989, S. 23). Die Konsequenzen des Ausstiegs sollten für die Termine 1990, 2000, 2010 und 2025 ermittelt werden, d.h. es waren Prognosen für einen Zeithorizont von 40 Jahren zu erstellen.

Angesichts dieser Aufgabenstellung ist es nicht verwunderlich, dass das Schicksal dieser Expertengruppe und ihres Berichts ein Lehrstück darstellte für die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Politik und Medien in einem Diskussionsklima, das durch eine starke Polarität der Problemkonstruktionen gekennzeichnet war. Strittig war bereits die Zusammensetzung der EGES; das der Energiewirtschaft nahestehende Energieforum kritisierte, dass nur eines der Mitglieder von Energietechnik im wissenschaftlichen Sinne etwas verstünde und ein anerkannter Experte für Kernenergiefragen überhaupt fehle (Energieforum Schweiz&Schweiz Expertengruppe Energieszenarien 1989, S. 21). Nachdem im Verlaufe des Jahres 1987 nicht weniger als 20'000 Seiten Vorstudien erstellt wurden, kam es im November 1987 zum *Éclat*. Die Spannungen über die eine konsensfähige Schlussfassung des bereits überfälligen Berichtes führten dazu, dass sich zwei der Experten – die ETH Professoren Bruno Fritsch (Nationalökonomie) und Prof. Suter, der einzige Energietechniker der Expertengruppe - aus der Kommission zurückzogen, weil sie mit dem Resultat nicht einverstanden waren und weil sie die Redaktion einer Konsensfassung in der von Bundesrat gesetzten zweimonatigen Frist für unmöglich hielten.²⁰² Ein dritter Experte, Prof. Graf von der HSG in St. Gallen, zog sich einige Monate später ebenfalls zurück. Fritsch kritisierte, das Szenarienmodell leide unter einer Aufblähung der Zahl zu evaluierender Optionen und Begriffsverwirrung. Insgesamt habe die offiziell vorliegende Zusammenfassung des Berichtes – im Widerspruch zum Mandat, das eine wertneutrale Entscheidungsgrundlage verlangt habe - einen *“deutlich empfehlenden Charakter zugunsten des Ausstiegs aus der Kernenergie”*. Er schlug vor, dass die Vertreter aller Grundrichtungen (Verbleib in der Kernenergie, Moratorium, Ausstieg) ihre Positionen in separaten und auf eigene Kosten erstellten Berichten unterbreiten sollten.²⁰³ Suter doppelte nach, dass der Bericht schwerwiegende Mängel aufweise; er sei unwissenschaftlich, vor allem was die zu optimistische Einschätzung des Ausstiegs betreffe: Sie könnten nur behoben werden, wenn die Expertengruppe anders zusammengesetzt würde.²⁰⁴

²⁰² NZZ vom 28. 12. 1987 Nr. 300.

²⁰³ NZZ vom 26. 2. 1988 Nr. 47.

²⁰⁴ NZZ vom 1. 3. 1988 Nr. 50.

Unter den Beschuss der Befürworter der Kernenergie gerieten dabei vor allem zwei der gesellschaftlichen Entwicklungsszenarien, welche der Prognose der Konsequenzen eines Ausstiegs zugrunde lagen: die unter dem Titel 'neue Prioritäten' zusammengefassten Szenarien 'Kommunikationsgesellschaft' und 'Neuer Lebensstil' des Planungsbüros Infrac.²⁰⁵ Letzteres Szenario unterstellte, dass sich in den 90er Jahren Umweltkatastrophen und eine weltwirtschaftliche Krise ereignen würden. Als Folge des dadurch verursachten beschleunigten Wertewandels würde der materielle Wohlstand an Gewicht zugunsten postmaterialistischer Werte wie Solidarität, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten etc. verlieren - kurz das Frommsche 'Haben' durch 'Sein' ersetzt. Entsprechend würde auch der Energieverbrauch sinken und ein Ausstieg aus der Kernenergie denkbar (ES S. 177ff). In einem Gutachten bezeichneten die beiden Basler Nationalökonom R. Frey und S. Borner das Szenario "Neuer Lebensstil" schlichtweg als '*social science fiction*', die dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit nicht genüge, weil sie nicht nachvollziehbar sei und die implizierten Werturteile nicht klargelegt würden (Energieforum Schweiz&Schweiz Expertengruppe Energieszenarien 1989: 186).

In der Kontroverse um den EGES-Bericht zeigte sich deutlich, dass die Exponenten der unterschiedlichen Richtungen versuchten, ihre Szenarien mit ihren jeweiligen Konstruktionen des Problems und ihren Werturteilen kompatibel zu machen. Es hätte bei Prognosen, zumal mit einem Horizont von vierzig Jahren, zu einem derart kontroversen Thema wohl geradezu heroische Selbstdisziplin erfordert, hätte man verhindern wollen, dass das leere Blatt der Zukunft zur Projektionsfläche gegenwärtiger Wünsche dienen würde und dass man sich dies übers Kreuz hinweg vorwarf. Die Fiktion, dass eine wertneutrale wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage von ihrer politischen Wertung klar zu scheiden sei, war nicht aufrechtzuerhalten – und dies obschon Bundesrat Schlumpf, der Auftraggeber, in einer Geste machtvoller Hilflosigkeit, die Expertengruppe unter Androhung ihrer Auflösung zu einem Konsens zu zwingen versuchte.²⁰⁶ Wie **Abbildung 31**, S. 214 zeigt, ebte die Diskussion über die EGES-Szenarien verhältnismässig rasch ab, das Medieninteresse verlor sich. Die Debatte war notgedrungenerweise spekulativ und zudem letztlich unergiebig, weil sie nur die bereits sattsam bekannten Standpunkte replizieren konnte, ohne dass diese wegen einer unmittelbar bevorstehenden politischen Entscheidung relevant gewesen wären – die Volksabstimmung

²⁰⁵ Das damals unter der Leitung des SP-Nationalrates Elmar Ledergerber stand, und deshalb – zumindest für die Kernenergiebefürworter - als ideologisch nicht ganz neutral galt.

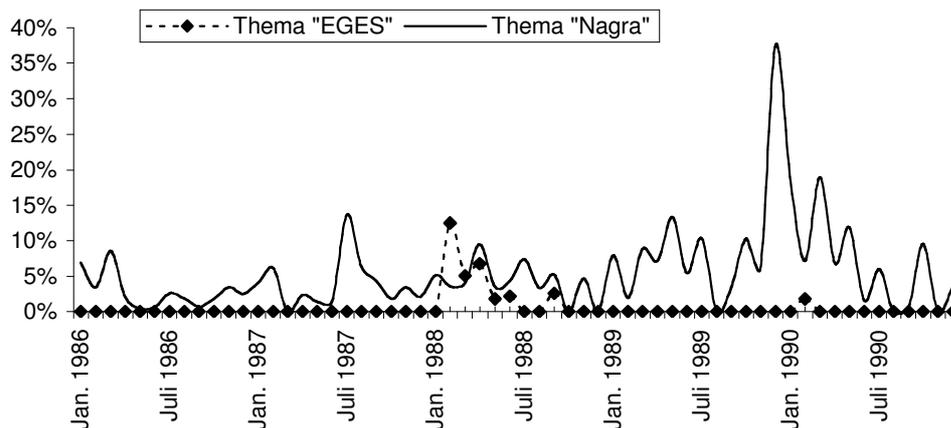
²⁰⁶ NZZ vom 28. 12. 1987 Nr. 300.

über die beiden noch 1987 zustande gekommenen Initiativen²⁰⁷ fand ja erst 1990 statt, lag also noch in weiter Ferne.

Ein Nebenschauplatz der Kernenergie Diskussion: die Endlagerungsproblematik

Als Nebenstrang eingebettet in die Kernenergie Diskussion war die Endlagerung nuklearer Abfälle. Sie ist eng mit den Aktivitäten der NAGRA (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) verbunden, die als Genossenschaft der Kernkraftwerksbetreiber und des Bundes den Auftrag hatte, geeignete Endlagerstätten zu ermitteln und desbehufs Sondierbohrungen vorzunehmen. Wie **Abbildung 31** zeigt, handelte es sich dabei um ein Thema, das während der gesamten Untersuchungsperiode kaum je völlig aus den Zeitungen verschwand: ein Dauerbrenner also. Die Grafik zeigt auch, dass mit dem Unfall von Tschernobyl - wenn überhaupt - allenfalls deshalb ein Zusammenhang bestand, weil er den relativen Anteil der Berichterstattung über die NAGRA reduzierte.

Abbildung 31 Die Diskussion um Nagra und Energieszenarien 1986 - 91



Quelle: eigener Datensatz. Monatlicher %-Anteil der Artikel in NZZ BLICK und Tages-Anzeiger zur Kernkraftthematik deren Titelüberschriften die Zeichenketten "EGES" oder "nagra" enthalten.

Das mit der Berichterstattung über die EGES kontrastierende quantitative Auf und Ab ergibt sich daraus, dass die Tätigkeit der NAGRA, bzw. deren gesetzlicher Auftrag, eine Vielzahl lokaler Mikroereignisse zeitigte, wobei das Ablaufmuster im Grunde genommen stets dasselbe war. Die NAGRA identifizierte einen ihr aus geologischen Gründen geeignet

²⁰⁷ Die Ausstiegsinitiative konnte am 1.10.1987 mit 108'000 Unterschriften eingereicht werden, die Moratoriums-Initiative bereits am 23.7.1987 mit 135'321 Unterschriften.

erscheinenden Endlagerort und stellte bei den kantonalen Behörden ein Gesuch um einen Sondierstollen abzuteufen. Die Liste der Bohrplätze die in der Untersuchungsperiode konkret in Betracht gezogen wurden, und an denen sich dieser Zyklus abspielte, ist lang: der Wellenberg im Kanton Nidwalden (1986-1991), Ollon im Waadtland, der Piz Pian Grand im Misox, Siblingen im Kanton Schaffhausen und der Oberbauenstock im Kanton Uri. Bisweilen war seitens der Behörden eine Bewilligung zu erlangen; regelmässig formierte sich in der Folge lokaler Widerstand, nach dem sogenannten NIMBY (Not In My Own Backyard)-Prinzip – d. h. Widerstand nicht mit dem Ziel die Bohrung generell, aber sie *hier* zu verhindern, zumindest wenn das Gelände nicht allzu unwegsam und abseits gelegen war.²⁰⁸ Dieser lokale Widerstand wurde oft ergänzt durch *events*, an denen auch Aktivisten aus der Kernkraftgegnerbewegung teilnahmen. Es begann in der Regel ein Hin- und Her von Bewilligungen und Bohrbeginnen, Bewilligungsverweigerungen und Bohrstopps, das sich meist über Jahre hinzog.

Am meisten und längsten zu reden gab der Sondierstollen am Wellenberg. Anfangs 1986, noch vor Tschernobyl, lud die Nidwaldner Regierung die Nagra ein; was im Tages-Anzeiger mit dem ironischen Titel *“Nidwalden - Winkelried für Nagra; Nidwalden bewirbt sich aus wirtschaftlichen Gründen um Endlager”*,²⁰⁹ in der NZZ dagegen mit der Überschrift *“Eine Absage an Sankt-Florian; die Nagra in Nidwalden willkommen”*²¹⁰ kommentiert wurde. Die bereits bekannten unterschiedlichen Problemkonstruktionen der beiden Blätter kommen darin exemplarisch zum Ausdruck. Nachdem die Nagra im Juli 87 ein offizielles Bohrgesuch eingereicht hatte, verhinderte die lokale Opposition, das ‘Demokratische Nidwalden’, an der Landsgemeinde die Erteilung der Bewilligung, welche die Regierung ausgesprochen hatte.²¹¹

Die Nagra wandte sich daraufhin an den Bundesrat, der den Bau des Sondierstollens wiederum bewilligte.²¹² Die Opposition reagierte darauf mit Initiativen, welche die Schaffung von Gesetzen bezweckten, nach denen die Nagra nur mit Bewilligung der Landsgemeinde irgendwelche Tätigkeit im Kanton Nidwalden ausüben dürfe,²¹³ die schliesslich, nachdem das Bundesgericht ihre Rechtmässigkeit festgestellt hatte, 1990 in einer “Lex Nagra” in

²⁰⁸ Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass die Bohrung am Piz Pian Grand im Misox in den Medien nur sehr selten erwähnt wurde. Der gewichtigste Protestanlass war eine Bombendrohung.

²⁰⁹ Tages-Anzeiger vom 23.1.1986, Nr. 18.

²¹⁰ NZZ vom 23.1.1986, Nr. 18.

²¹¹ NZZ vom 25.4.1988, Nr. 194.

²¹² Tages-Anzeiger vom 1.9.1988, Nr. 203.

²¹³ NZZ von 27.3.1990, Nr. 72.

Nidwalden resultierten²¹⁴ - woraufhin die Nagra wiederum ans Bundesgericht gelangte.²¹⁵ Schliesslich erliess der Bundesrat ein generelles Moratorium für Nagra-Stollenbauten.²¹⁶

Das Beispiel zeigt, dass sich hier, im kleineren Rahmen zweifelsohne, dasselbe Ping-Pong der Initiativen und Beschwerden, Bewilligungen und Gerichtsentscheide abspielte, wie etwa bei Kaiseraugst - das den Kernkraftgegnern von den Befürwortern durch den Parlamentsentscheid in gewissem Sinne entzogen worden war. Die Endlager boten Ersatz, indem sie als *Loci* die Inszenierung medienwirksamer, und die eigene Gruppenidentität stärkender *events* erlaubten, was keine abstrakte Diskussion zu leisten vermochte. Ersatz freilich, der ebendieses auch war - Ein schaler Abglanz im Vergleich.

Die Volksabstimmung über die Moratoriums- und die Ausstiegsinitiative

Nach dem Parlamentsentscheid im Herbst 1988 auf Kaiseraugst zu verzichten, verfiel die Kernkraftdiskussion mangels konkretem und damit berichtenswertem Anlass im folgenden Jahr (1989) in einen Schlafzustand. Es erschienen durchschnittlich noch etwas über 30 Artikel monatlich (siehe Abbildung 28), die Medienaktivität wurde vor allem durch den Nebenschauplatz der Nagra-Aktivitäten alimentiert. Dies änderte sich erst wieder, als der Nationalrat mit einer Debatte und einer Abstimmung den Startschuss für die Diskussion im Vorfeld der Volksabstimmung über die beiden hängigen Initiativen sowie den Energieartikel gab. Die beiden Initiativen wurden im Nationalrat abgelehnt,²¹⁷ der Termin wurde definitiv auf den 23. September festgelegt, und der Zukunftsschatten des anstehenden Volksentscheides über die grundlegenden Optionen der Nuklearpolitik brachte die mediale Diskussion in der zweiten Jahreshälfte allmählich wieder in Gang.

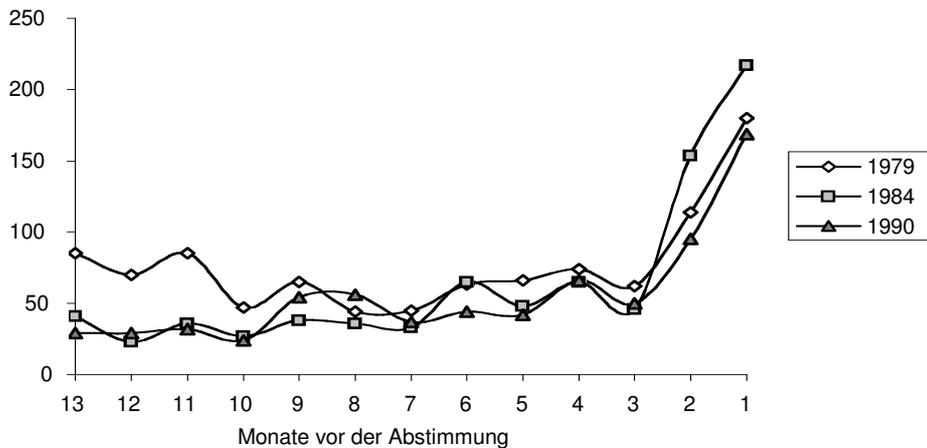
²¹⁴ NZZ vom 9.4.1990, Nr. 83.

²¹⁵ NZZ vom 6.6.1990, Nr. 128.

²¹⁶ NZZ vom 2.10.1990, Nr. 228.

²¹⁷ NZZ vom 8. 2. 1990, Nr. 52.

Abbildung 32 *Quantitative Intensität der Medienberichterstattung im Vorfeld der Kernenergieabstimmungen 1979, 1984 und 1990*



Quelle: eigener Datensatz. Monatliche Anzahl der Artikel zum Kernenergiethema in NZZ, Blick und Tages-Anzeiger im x-ten Monat vor dem Abstimmungstermin, d.h. Februar 1979, September 1984 und September 1990.

Abbildung 32 zeigt, dass die Berichterstattung 1990, gemessen an der Zahl der Artikel, sich etwa im selben Rahmen hielt wie 1979, aber doch etwas weniger intensiv war als 1984, als bereits einmal über zwei Energievorlagen abgestimmt wurde - obschon diesmal sogar drei Vorlagen zur Diskussion standen. Dies lässt auf eine gewisse Ermüdung der Diskussion schliessen, die einerseits darauf zurückzuführen ist, dass die "lange Welle" des Umweltdiskurses ihren Höhepunkt 1990 bereits überschritten hatte (vgl. Einleitung) und dass, konkret auf die Kernenergie Diskussion bezogen, die Argumente längst bekannt und bereits unzählige Male wiederholt waren. Eine Rolle mag auch gespielt haben, dass kein konkretes Bauprojekt mehr vorlag, die Entscheidung unmittelbar also keine Konsequenzen hatte.

Worüber wurde genau abgestimmt? Die Volksinitiative "für den Ausstieg aus der Atomenergie" verlangte, dass keine neuen Anlagen zur Produktion von Atomenergie in Betrieb genommen, bestehende Anlagen nicht ersetzt, und so 'rasch als möglich' stillgelegt werden sollten. Ein genauer Zeitpunkt wurde nicht genannt, eine wesentliche Leerstelle wurde so offengelassen wenn auch das Initiativkomitee in den Abstimmungsunterlagen das Jahr 2030 als Termin nannte. Diese Initiative wurde mehrheitlich (von 53% der Stimmberechtigten) abgelehnt. Die Volksinitiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau" verlangte dagegen für die klar abgegrenzte Zeitspanne von zehn Jahren ein Bewilligungsverbot, eine 'Denkpause', Sie wurde von 55% der Stimmberechtigten angenommen.

Die rhetorischen Bausteine des Argumentariums hüben und drüben sind aus der Untersuchung der Parlamentsdebatte im Nachgang von Tschernobyl bereits bekannt. Eine detaillierte Auswertung der medialen Debatte im Vorfeld der Abstimmung bringt deshalb keine neuen Erkenntnisse; hingegen erlaubt die VOX-Analyse des Urnenganges Aussagen über die Bedeutung dieser Elemente in den tatsächlich entscheidungsrelevanten Problemkonstruktionen des Stimmvolkes.

Wie gefährlich ist der Betrieb von Kernkraftwerken in der Schweiz? Welche Konsequenzen hätte der Ausstieg; ist er machbar? Dies waren die Kernfragen von denen der Stimmentscheid abhängig zu sein schien und um deren "richtige" Beantwortung durch den Stimmbürger die Vertreter der Befürworter- und Gegenseite rangen. Die Vox-Analyse zeigt zunächst, dass es sich dabei auf der Befürworter- wie Gegenseite tatsächlich um die entscheidenden Fragen handelte und ihre unterschiedliche Beantwortung entsprechend den Stimmentscheid motivierte. Bei den Befürwortern der Ausstiegsinitiative stand die mangelnde Sicherheit von Kernkraftwerken als Entscheidungsmotiv an erster Stelle (Buri & Schloeth 1991, S. 16). 93% von ihnen hielten die Atomenergienutzung für zu gefährlich und 66% von ihnen fanden, zwischen AKW's in der Schweiz und im Ausland bestünde diesbezüglich kein Unterschied, gegenüber nur 21 Prozent, welche die schweizerischen für sicherer hielten (Buri&Schloeth 1991, S. 26, 32): Tschernobyl war für sie überall, das Misstrauen angesichts der Risiken der Technologie gross.

Bei den Gegnern beider Initiativen war das Verhältnis hinsichtlich dieser Frage genau umgekehrt (24% gegen 69%), Am häufigsten nannten sie als Motiv für ihren Entscheid den Energiemangel, der bei einem Ausstieg eintreten würde (Buri&Schloeth 1991, S. 16): 77 Prozent von ihnen waren mit der Aussage, die wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenenenergie seien untragbar, einverstanden, gegenüber nur 12% bei den Befürwortern beider Initiativen ((Buri&Schloeth 1991, S. 24). Eine ähnlich hohe Trennschärfe - und damit Aussagekraft bezüglich der *differentia specifica* der alternativen Konstruktionen - wies die Behauptung auf, dass der Ausstieg der Schweiz aus der Atomkraft zusätzliche Stromimporte aus dem Ausland nach sich ziehen würde: 90% der Gegner beider Initiativen waren damit einverstanden, gegenüber nur 20% der Befürworter ((Buri&Schloeth 1991, S. 24).

In diesen demoskopischen Resultaten zeichnen sich so deutlich die beiden unterschiedlichen Konstruktionen des Problems ab. Die eine besitzt ihren Angelpunkt in der Gefahr, die von Kernkraftwerken ausgeht, und die den Ausstieg, koste es was es wolle, notwendig macht, die andere setzt dagegen eher die Annahme des zunehmenden

Energieverbrauchs als Grundlage des Wohlstandes an den Anfang, und betrachtet die Kernkraft als notwendiges Übel. Wahrnehmungs- und normative Aspekte, wie das vielleicht bei 'reifen' Kontroversen meist der Fall ist, lassen sich allerdings kaum voneinander trennen: Hielten die Kernkraftgegner den Ausstieg für machbar, weil er es sein musste, so hielten die Befürworter die Kernkraftwerke für ungefährlich, weil sie in ihren Augen unentbehrlich waren.

Angenommen wurde nur die Moratoriumsinitiative. Das Antwortverhalten derjenigen Befragten, die nur diese Initiative annahmen, die Ausstiegsinitiative aber ablehnten,²¹⁸ zeigt, dass sie eine zwischen diesen beiden Konstruktionen unentschiedene Mittelstellung einnahmen: Etwas mehr als die Hälfte (52%) hielt den Ausstieg aus der Atomenergie für wirtschaftlich untragbar, gut zwei Drittel (64%) fanden aber auch, dass die Atomenergienutzung zu gefährlich, und deshalb eine Denkpause nötig sei (Buri&Schloeth, 1991: 26). Das einfache Ja nur zur Moratoriumsinitiative erlaubte eine Auflösung, oder zumindest eine Suspendierung dieses Widerspruchs, zumal offensichtlich mehr als ein Drittel (37%) der befragten Stimmberechtigten davon ausgingen, dass die Ausstiegsinitiative den sofortigen Ausstieg forderte (Buri&Schloeth, 1991: 12). Zusätzlich erhofften sich die Befürworter des Moratoriums, dass während dieser Zeitspanne zu entwickelnde neue Technologien sowohl im Alternativenenergie- wie im Sparbereich das Dilemma auflösen würden ((Buri&Schloeth, 1991) S. 21) - und brachten so die uralte Strategie in Anschlag, die sich bei der Bewältigung mancher, wo nicht aller, intractablen Probleme bewährt (oder auch nicht?) und die in dem Sinnspruch "kommt Zeit, kommt Rat" so überaus trefflich zum Ausdruck kommt.

8.4 Schlussfolgerungen

Die Untersuchungsperiode endet so mit einer Entscheidung der Stimmberechtigten, die unter den zur Auswahl stehenden am ehesten einer *non-decision* gleichkam: Die Annahme der Moratoriumsinitiative schrieb einen *status quo* fest, von dem man annehmen darf, dass er sich ohnehin erhalten hätte - und der sich, soweit man sehen kann, auch nach dem Ablauf der Frist erhält.

Welchen Anteil hatte der Unfall von Tschernobyl, der im Mai 1986 völlig unerwartet, geradezu meteoritisch als exogener Choc mit der laufenden Kernenergie Diskussion kollidierte,

²¹⁸ Der Fall einer Annahme der Ausstiegs- aber Ablehnung der Moratoriumsinitiative trat in der VOX-Stichprobe mit vernachlässigbarer Seltenheit auf.

an dieser Entwicklung? War er nur von akzessorischer Bedeutung, der mediale und parlamentarische Rummel darum letztlich folgenlos, oder lässt sich eine plausible kausale Verknüpfung zwischen Ursache und Wirkung herstellen? Mit dem Versuch einer Antwort begibt man sich aufs kontrafaktische Glatteis. Das soziale Kontroll-Experiment "Kernkraftdiskussion in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre ohne exogene Energiezufuhr durch Nuklearkatastrophe in der Sowjetunion" lässt sich nicht durchführen.

Eine aufs Wesentliche reduzierte Rekapitulation des Ablaufs erlaubt vielleicht doch eine tentative Antwort auf diese Frage. Was der Unfall von Tschernobyl, bzw. dessen mediale Vermittlung zweifellos auslöste, war eine schlagartige Verminderung der Akzeptanz der Kernenergie in der Bevölkerung (Buri&Schloeth 1991). Zwar war dieser Einbruch im Nachhinein betrachtet, nicht sehr nachhaltig, aber er veranlasste die politischen Akteure - die ja auf ihre *constituencies* Rücksicht nehmen mussten - zu einer Neubewertung der Situation. Dies galt sowohl für die Gegner wie die Befürworter der Kernenergie. Die Befürworter glaubten ihre Chance gekommen; Sie lancierten die Austiegsinitiative, und setzten so eine Entscheidung über diese Option der Kernkraftpolitik auf die Tagesordnung (die Moratoriumsinitiative wurde bereits vor dem Unfall vorbereitet und ist so nicht ursächlich damit verknüpft – wenn sie bei der Unterschriftensammlung zweifellos auch von der Stimmungslage profitierte).

Wahrscheinlich wichtiger für den Verlauf der Diskussion war aber, dass die traditionellen Befürworter an der Akzeptanz eines Ausbaus der Kernenergie zu zweifeln begannen. Einen negativen Volksentscheid gleichsam antizipierend, entschlossen sie sich dazu, den Bau des Kernkraftwerks in Kaiseraugst von sich aus von der Agenda zu streichen. Damit ging die schweizerische Kernkraftdebatte ihres Kristallisationskerns verlustig. Das konkrete Objekt, an dem sich der Widerstand gegen die Kernkraft entzündete, das die Debatte während der 70er und 80er Jahre genährt hatte, war nicht mehr vorhanden – der Verzicht auf Kaiseraugst war deshalb unter rein politischen Gesichtspunkten ein Danaergeschenk für die prinzipiellen Gegner der Kernkraft: Wo sollte nun demonstriert werden? Wo konnten noch mediengerechte *events* inszeniert werden, mit welchen symbolischen Akten war die eigene Anhängerschaft zu binden? Verloren ging aber auch die politische Unterstützung durch jene, die nicht grundsätzlich gegen die Kernkraft eingestellt waren, sondern nur wenn sie in der unmittelbaren Nachbarschaft erzeugt werden sollte.

Hält man diese Kausalkette für plausibel, so ergäben sich zwei wesentliche Schlussfolgerungen: Die Wirkung der Katastrophe von Tschernobyl ergab sich kaum aus der

Veränderung der Kernelemente der Konstruktion der Kernkraftproblematik bei den politisch aktiven, die Agenda bestimmenden Gegnern und Befürwortern: Von Bedeutung für Ihr Handeln war gleichsam die Spiegelung des Ereignisses - die Vermutung, dass dieses die Einschätzung der Problematik durch die Stimmbürgerschaft verändert habe. Und paradoxerweise wäre der Unfall derart eine wesentliche Ursache des Einschlafens der Kernenergie Diskussion in den 90er Jahren.